

**3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 22. Mai 2008
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 17.00 Uhr

Schluss: 21.35 Uhr

Vorsitz:	Peter Wegmann	(FDP)	1
Stimmzählende:	Maria Anna Baumann (<i>ab 17.40 Uhr</i>)	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Rupert Moser (<i>ab 17.55 Uhr</i>), Marianne Neuschwander (<i>ab 17.05 Uhr</i>), Norbert Riesen (<i>ab 17.05 Uhr</i>), Roger Schär, Liliane Schärer, Meta Stäheli Ragaz, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	12
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger (<i>ab 17.05 Uhr</i>), Lucia Müller (<i>ab 17.10 Uhr</i>), Aliko Maria Panayides (<i>ab 17.30 Uhr</i>), Beat Weber, Gerhard Zaugg	(SVP)	7
	Heinz Gfeller, Roger Hubschmid, Beat Leumann, Mirjam Rettore	(FDP)	4
	Renate Bolliger, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Ernst Synes, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Roland Rüefli (FORUM)		3
	Thomas Christen, Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>2</u>
			<u>36</u>

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Thomas Iten, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Urs Rüedi, Thomas Werner

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**
Marion Buchser, Philippe Gerber, Andreas Thomann

Mitglieder des Gemeinderates
Ursula Norton

Unentschuldigt: **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**
Mevlude Nesimi

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

G E S C H Ä F T E

20	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 14. Februar 2008; Genehmigung	94
21	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 13. März 2008; Genehmigung	95
22	20.301 Jahresrechnungen	Gemeinderechnung 2007; Genehmigung	96
23	30.424 Schulhaus Dennigkofen	Schulanlage Dennigkofen; Gesamtanierung: Sanierung Hallentrakt - Bewilligung eines Nachkredits	105
24	10.613 Polizeikommission	Polizeikommission; Ersatzwahl	112
25	10.11 Reglemente Gemeinde	Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Genehmigung Projektauftrag und Kreditbewilligung	113
10.928	Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen		
26	10.443 Liegenschafts- und Landverkäufe	Birkenweg 19; Verkauf	119
10.2255	Verkauf Liegenschaften		
30.455	Kindertagesstätte, Birkenweg 19		
27	10.11 Reglemente Gemeinde	Reglement über die Erhebung und Verwendung von Mehrwertabgaben; Genehmigung	121
10.2208	Ausgleich von Planungsvorteilen		
28	10.372 Motionen	Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere - Realisierung zusammen mit der Stadt Bern; Begründung	128
10.2006	Öffentlicher Verkehr (öV)		
29	10.372 Motionen	Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen; Begründung	132
10.1749	einmalige Anlässe		
30	10.374 Interpellationen	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Flüchtlinge bzw. Immigranten in Ostermundigen; Begründung und Beantwortung	136
50.299	Integration		
31	10.131 Verwaltungsbericht der Gemeinde	Verwaltungsbericht 2007; Genehmigung	139
32	10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete / Pacht)	Verwaltungszentrum; Orientierung des Gemeinderates über den aktuellen Stand	147
30.410	Verwaltungszentrum		
33	10.372 Motionen	Überparteiliche Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen; parlamentarischer Neueingang	148
63.150	Allgemeines		

34	10.372 Motionen	
10.1361	Regionalisierung (siehe unter 10.1405 und 10.1406)	
	Motion FDP-Fraktion betreffend Zusammenwirken mit regionalen Gemeinden zur Bewältigung von analog anstehenden Gemeinde-Belangen bzw. –Prozessen; parlamentarischer Neueingang	149
35	10.372 Motionen	
30.111	Baugesuche	
	Motion FORUM-Fraktion betreffend Schutz vor Immissionen längs der Bahnlinie; parlamentarischer Neueingang	150
36	10.374 Interpellationen	
22.131	Steuerregister	
	Interpellation FDP-Fraktion betreffend Statistik über Steuerpflichtige; parlamentarischer Neueingang	152
37	22.131 Steuerregister	
30.52	Energiekonzept	
	Interpellation C. Zeyer (SP) betreffend gemeindeeigene Liegenschaften in Minergiestandard; parlamentarischer Neueingang und gleichzeitige Beantwortung	153

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen. Dies ist die letzte Sitzung vor der EURO, zu welcher bekanntlich auch bei uns in Ostermundigen ein bzw. mehrere Events auf dem Oberfeld stattfinden werden. Details werden in der Presse publiziert.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **29** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Da unsere Stimmzählerin, Maria Anna Baumann, noch nicht eingetroffen ist, muss die Ersatzwahl der Stimmzählerin vorgenommen werden. Als Ersatzstimmzähler wird auf Vorschlag des Ratspräsidenten einstimmig gewählt:

A z i z D o g a n (S P)

- ① An der heutigen Sitzung nehmen Mirjam Rettore (FDP) und Beat Leumann (FDP) erstmals an der Ratssitzung teil. Ich wünsche beiden einen guten Einstieg und viel Befriedigung in ihrem neuen Amt.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nehmen die Herren Stefan Lanz, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern (zu Traktandum Nr. 22), Heinz Bornhauser, Abteilungsleiter Hochbau (zu Traktandum 24) und David Keller, Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit (zu Traktandum 26) an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Das Park-Konzert & Grillplausch der AMBO Unterhaltungsband und Musikgesellschaft Ostermundigen findet am Donnerstag, 12. Juni 2008 ab 19.00 Uhr im Seepark beim Altersheim Zoss-Strasse statt.
 - Q = Kuh, das Theaterstück der Madame Bissegger kann vom 3. Juli bis 27. September im Steingrübliareal besucht werden.
 - www.MUSIKTAG08.ch am Samstag, 31. Mai 2008 in Ostermundigen.
- ① Der diesjährige **Ratsausflug** findet am **Freitag, 5. September 2008** (Nachmittag) inkl. Nachtessen statt. Nähere Einzelheiten dazu werden den Ratsmitgliedern rechtzeitig mitgeteilt. **Reserviert euch schon heute dieses Datum!**
- ① Die **nächste Sitzung** findet gemäss Terminplan am **3. Juli 2008** statt.

¹ Ernst Hirsiger (SVP), Marianne Neuenschwander (SP) und Norbert Riesen (SP) treten um 17.05 Uhr der Sitzung bei. Somit sind jetzt 32 Ratsmitglieder anwesend.

- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns in der Brasserie „Tell“ zu einem „Schlummerbecher“.

Traktandenliste:

- Traktandum Nr. 32: Orientierung des Gemeinderates
Verwaltungszentrum; aktueller Stand

Mir liegt ein **Ordnungsantrag** von Markus Truog (SVP) mit folgendem Inhalt vor:

Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich, die Traktandenliste der heutigen GGR-Sitzung wie folgt abzuändern:

Das Geschäft Nr. 23 „Verwaltungsbericht 2007; Genehmigung“ ist hinter das Geschäft Nr. 31 zu verschieben.

Begründung: Die heutige Traktandenliste ist sehr umfangreich und beinhaltet gewichtige Geschäfte. Geschäfte, welche im Hinblick auf die Zukunft der Gemeinde wichtige Beschlüsse beinhalten, sollen angemessen diskutiert werden können. Der Verwaltungsbericht ist eher für die Geschichtsschreibung von Interesse und soll deshalb erst danach behandelt werden. Dies soll nicht heissen, dass die SVP-Fraktion den Verwaltungsbericht nicht würdigt. Wir sollten einfach den Fokus der Sitzung auf die Zukunft der Gemeinde legen.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Anträge mehr vor. Wir können über den Ordnungsantrag abstimmen.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 22 zu 2 Stimmen genehmigt.

2

Ratspräsident: Ich möchte den Rat über die abgeänderte Traktandenliste abstimmen lassen. Der Grosse Gemeinderat fasst mit grossem Mehr den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

² Lucia Müller (SVP) tritt um 17.10 Uhr der Sitzung bei. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Ratspräsident: Bevor ich nun zu den einzelnen Geschäften komme, erlaube ich mir noch zwei Bemerkungen:

- ① Wir haben eine lange Traktandenliste, was den frühen Beginn der heutigen Sitzung begründet. Dies soll möglichst eine Ausnahme sein. Trotzdem ist es wohl für uns alle wünschenswert, dass wir möglichst nicht bis mitten in die Nacht tagen. Ich bitte daher den Rat, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und sich bei den Voten möglichst kurz zu fassen. *In der Kürze liegt bekanntlich die Würze!*
- ① Zum Geschäft Nr. 24 „Schulanlage Dennigkofen“ sind rechtzeitig sämtliche Fraktionschefs zu einem umfassenden Informationsanlass eingeladen worden. Teilgenommen dabei haben gerade mal zwei Parteien, nämlich die EVP und meine Wenigkeit - und dies bei einer zeitlich (19.00 Uhr) durchaus vernünftigen Terminierung. Eine enttäuschende, aber auch schon fast frustrierend anmutende Bilanz. Insbesondere für die betroffenen Experten aus dem Hochbau, welche sich wirklich beispielhaft für eine **optimale Vorbereitung** zu diesem Geschäft bemüht haben.

Ich gehe davon aus, dass für die durch Abwesenheit glänzenden Parteien die Meinungen zu eben diesem Geschäft Nr. 24 scheinbar klar vorliegen und dementsprechend dann bei der Debattierung keinerlei Fragen aufkommen werden.

20 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 14. Februar 2008; Genehmigung

Synes Ernst (CVP): Ich habe eine Bemerkung zu meinem Votum auf Seite 18. In der Bibel steht geschrieben: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in den Himmel.“ Die folgende Textkorrektur ist anzubringen:

*Auch die **CVP-Fraktion lehnt die Motion ab...***

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 14. Februar 2008 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

21 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 13. März 2008; Genehmigung

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 13. März 2008 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

Gemeinderechnung 2007; Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rahel Wagner (EVP): Wen freut es nicht, wenn statt mit tief roten Zahlen eine Rechnung mit schwarzen Zahlen abschliesst, und dann erst noch mit einem Überschuss, wie er vorliegt? Die EVP-Fraktion hat die Rechnung sowie die dazugehörige Botschaft mit Interesse studiert. Sie dankt der Verwaltung für die in allen Belangen gute Arbeit bestens.

Noch bleiben die hohen Sozialhilfekosten für unsere Gemeinde ein Sorgenkind. Aber da müssten sich wohl auch die Gesellschaft sowie die Wirtschaft unseres Landes verändern, wollte man eine nachhaltige Besserung erzielen. Hier ist die Übernahme von Verantwortung jedes einzelnen Menschen gefragt! Mehr sage ich nicht dazu.

Da unserer Gemeinde in den nächsten Jahren noch immer hohe Investitionskosten bevorstehen, muss weiterhin vorsichtig budgetiert werden. Eine Abweichung vom Budget im positiven Sinn nehmen wir lieber entgegen, als eine Verschlechterung.

Letztes Jahr wurde bei der Behandlung der Rechnung 2006 durch die SVP ein Globalbudget als sinnvoller bezeichnet, damit - ich zitiere: „*wir uns nicht über Detailunterschiede in Budget/Rechnung ärgern müssen*“. Für die EVP-Fraktion sind diese Unterschiede kein Ärgernis. Im Gegenteil: Es ist immer wieder wertvoll, zu den einzelnen Budgetabweichungen die Begründungen zu lesen, sagen diese doch vieles über alle Aspekte unserer Gemeinde aus: Was geschieht im Hintergrund, wo sind wir finanziell gebunden durch übergeordnete Vorschriften, wie geht es den einzelnen Abteilungen und was für Folgen haben Abweichungen für die Bevölkerung usw. usf.? Ein Vergleich Budget/Rechnung ist also nicht einfach nur eine Auflistung von Zahlen, sondern auch ein „gesundheitlicher Multi-Check“ für eine Gemeinde: Was geschieht wo und warum und welches sind die Folgen?

So haben wir im Vorfeld zur Detailberatung einige Fragen schriftlich an den Abteilungsleiter Finanzen, Herr Stefan Lanz, gestellt. Er und Herr Kurt Zimmermann, Abteilungsleiter Bildung, Kultur, Sport, haben uns diese Fragen ausführlich beantwortet, wofür wir herzlich danken. Wir werden bei der Detailberatung der Rechnung nicht darauf zurückkommen. Wir bitten jedoch darum, unsere Fragen sowie die Antworten ins Protokoll aufzunehmen. Zudem haben wir einige Exemplare für die Fraktionen und die Presse kopiert. Auch für die Gäste liegen einige Kopien hinten auf.

Fragen der EVP-Fraktion:

a) Zu 2.3.4 Abschreibungen

- a) Sind die hohen Steuerabschreibungen von rund Fr. 795'000.-- (2006: Fr. 621'585.70) mit andern Gemeinden vergleichbar oder sind diese in Oster-

mundigen besonders hoch? Was sagen diese Zahlen aus über die finanziellen Verhältnisse der Ostermundiger Bevölkerung?

- b) In der Abschreibungstabelle der Rechnung ist uns aufgefallen, dass alle Schulanlagen nur mit 8 % abgeschrieben werden, während dem grundsätzlich ein Abschreibungssatz von 10 % gilt. Weshalb ist das so?

b) *Zu 2.5.2 Bildung, Kultur, Sport*

- Botschaft Seite 13, 3. Abschnitt: Wiederum wurde im 2007 der Kredit für die Aufgabenhilfe um Fr. 36'000.-- nicht ausgeschöpft (2006: Fr. 35'000.--). Während bei der Sekundarstufe rund Fr. 3'800.-- mehr für die Aufgabenhilfe ausgegeben wurde als budgetiert, wurde diese bei der Primarstufe um rund Fr. 36'000.-- unterschritten.

Fragen:

- a) Wird die Aufgabenhilfe bei der Primarstufe so restriktiv gehandhabt?
 - b) Könnte es sein, dass im nächsten Budget aufgrund der nicht ausgeschöpften Beträge der Anteil für die Aufgabenhilfe gekürzt wird?
 - c) Was würde dies für die Schüler bedeuten?
- Botschaft Seite 13, 5. Abschnitt: Die Schulgelder an andere Gemeinden fielen um Fr. 44'000.-- höher aus, weil mehr Kinder die Schulen in den Nachbargemeinden besuchten.

Frage:

Um was für Schulen handelt es sich hier? Betrifft dies vor allem die spezielle Sekundarschule in Bolligen oder wurden mehr Versetzungen in andere Schulen wegen disziplinarischen Schwierigkeiten nötig?

c) *Zur Bestandesrechnung (Seite 66 der Rechnung)*

Das PC-Konto Nr. 30-6056-1 weist Ende 2007 einen Bestand von rund 4,8 Mio. Franken auf.

Fragen:

- a) Ist ein so hoher Bestand nötig für die Erfüllung der laufenden finanziellen Verpflichtungen?
- b) Wenn ja: Könnte man das Geld nicht mit einem höheren Zins anders anlegen (z. B. Kontokorrent)?
- c) Wenn nein: Wie hoch sollte der Bestand sein, um die laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können?

Antworten seitens der Finanzverwaltung und der Abteilung Bildung, Kultur, Sport

Zu den gestellten Fragen im Zusammenhang mit der letztjährigen Gemeinderechnung geben wir nachfolgend gerne wie folgt Auskunft:

Steuerabschreibungen

Für den Bezug der Gemeindesteuern ist auch die Kantonale Steuerverwaltung zuständig. So gesehen verläuft das Inkasso für alle Gemeinden gleich. Tendenziell ha-

ben die Steuerabschreibungen infolge Uneinbringlichkeit in den letzten Jahren zugenommen, das ist auch bei den anderen Gemeinden so. Ein grober Vergleich mit anderen Gemeinden – der aufgrund dieser Anfrage vorgenommen worden ist – zeigt aber schon, dass die Abschreibungen in Ostermundigen überdurchschnittlich hoch sind. Gemessen an den gesamten Steuererträgen sind das knapp 2,5 %.

Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass Bürger/innen mit tieferen Einkommen zunehmend immer weniger in der Lage sind, ihre Steuern zu begleichen. Die Gemeinde Ostermundigen weist in der Agglomeration Bern eine ziemlich schwache Einkommensstruktur ihrer Steuerpflichtigen aus. So deklarieren rund 50 % der Steuerpflichtigen der Gemeinde ein steuerbares Einkommen von nur bis zu Fr. 35'000.--.

Abschreibungen Schulanlagen

Das kantonale Gesetz schreibt in der Gemeindeverordnung (Art. 84) vor, dass vom Buchwert des Verwaltungsvermögens jährlich 10 % abgeschrieben werden müssen (harmonisierte Abschreibungen). Dieser Ansatz ist gleichzeitig als Höchst- wie als Mindestsatz zu verstehen und bezieht sich auf den Gesamtbestand des Vermögens. Es steht den Gemeinden dann frei, wie sie die Gewichtung ihrer Abschreibungen auf den einzelnen Anlageobjekten vornehmen wollen.

Wir haben uns gemäss der Abschreibungstabelle in der Rechnung (Seite 77) an diese Vorgabe gehalten und mit rund 3,5 Mio. Franken exakt 10 % auf dem gesamten steuerfinanzierten Verwaltungsvermögens abgeschrieben.

In ihrer Abschreibungspraxis richtet sich die Gemeinde vor allem nach dem Wert und nach der Nutzungsdauer der einzelnen Güter. So werden in der Regel kleinere Objekte mit einem Wert von unter Fr. 100'000.-- gleich im ersten Jahr vollständig abgeschrieben. Die Abschreibungen auf dem Altersheim müssen pauschal Fr. 350'000.-- betragen, obwohl der Buchwert in der Zwischenzeit nur noch 1,7 Mio. Franken beträgt. Es folgen dann die „normalen“ Objekte mit einem Satz von 10 %. Da nun aber der zur Verfügung stehende Betrag nicht mehr ausreicht, um alle übrigen Objekte mit 10 % abzuschreiben wird auf den Gütern mit dem höchsten Nutzungswert ein tieferer Abschreibungssatz angewendet, wie im vorliegenden Beispiel, wo die Schulhäuser nur mit 8 % abgeschrieben worden sind.

Ein Abschreibungsbetrag von 10 % auf dem Gesamtvermögen ist für die meisten Gemeinden und auch für Ostermundigen ausreichend dafür, eine gute Selbstfinanzierung sicher zu stellen (siehe Kennziffern Selbstfinanzierungsgrad und Verschuldungssituation). In Bezug auf die Schulhäuser besteht auch bei einem Abschreibungssatz von unter 10 % nicht die Gefahr einer Überbewertung der Anlagen.

Bestandesrechnung

Der Zahlungsverkehr der Gemeinde wird zum grössten Teil über das Kontokorrent bei der *Berner Kantonalbank* (1002.101) abgewickelt. Auf diesem Konto befindet sich normalerweise, wegen des tiefen Zinssatz (0,125 %), auch nur gerade der Betrag, welcher für die laufenden finanziellen Verpflichtungen nötig ist. Wenn dieser Betrag Ende 2007 nun 2,8 Mio. Franken beträgt, dann ist es so, dass entweder dieser Betrag tatsächlich benötigt wird, oder dass es sich um eben eingegangene Gutschriften handelt, wie z. B. Steuerzahlungen, die noch nicht weiter angelegt werden konnten.

Der Betrag von 4,9 Mio. Franken auf dem Konto der *Post* (Konto 1001.101) ist gut angelegtes Geld. Bereits im Jahr 1996 konnte die Gemeinde mit der Postfinance eine Vereinbarung betreffend Sonderzinskonditionen bei der Verzinsung ihrer Guthaben abschliessen. Seitdem werden unsere Barbestände auf dem Konto oft sogar höher verzinst, als das mit Festgeldanlagen auf dem Geldmarkt möglich ist. Das erst noch mit dem Vorteil der vollumfänglich freien Verfügbarkeit des Geldes. Ende Dezember 2007 hat dieser Zinssatz 2,375 % betragen.

Ende Dezember 2007 existierten zudem noch zwei *Festgelder* von insgesamt 8 Mio. Franken (Konto 1016.101) bei der *Crédit Suisse*. 5 Mio. Franken zu 2,77 % für 6 Monate fest und 3 Mio. Franken zu 2,47 % für 2 Monate fest.

Eine aktive und geschickte Liquiditätsplanung, Mittelbewirtschaftung und Kapitalbeschaffung gehören zu den Kernaufgaben einer Finanzabteilung und so ist es z. B. auch möglich geworden, in der Jahresrechnung 2007 einen Betrag von Fr. 236'000.-- Zinsen auf flüssigen Mitteln auszuweisen (Konto 920.421.10 auf Seite 47 der Rechnung 2007). Davon beträgt der Bruttozins auf dem erwähnten Postcheckkonto Fr. 74'000.--.

Synes Ernst (CVP): Die CVP-Fraktion nimmt mit Befriedigung von der Gemeindefinanzrechnung 2007 Kenntnis. Was wollte man auch anderes sagen angesichts der Tatsache, dass die Rechnung einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 760'000.-- aufweist, dass das Ergebnis im Vergleich zum Budget um 2,7 Mio. Franken besser ist und dass man in verschiedenen Bereichen weniger Geld ausgegeben hat, als wir hier bewilligt hatten.

Die Gemeindefinanzrechnung 2007 zeigt auch, dass die Verantwortlichen auf allen Ebenen mit den öffentlichen Geldern sorgfältig umgehen. Dafür möchte die CVP-Fraktion allen bestens danken - sicher auch im Namen der Steuerzahlenden.

Eine Gemeindefinanzrechnung besteht aber nicht nur aus Zahlen. Hinter den Zahlen stehen Entscheide, Entwicklungen und Prozesse. Die meisten lassen sich von uns beeinflussen, manchmal schneller, manchmal langsamer, manchmal leichter, manchmal mühsamer. Aber immer gilt: Wenn wir Entwicklungen beeinflussen wollen, müssen wir sie früh erkennen. Deshalb legen wir von der CVP den Finger auf drei Punkte, die uns wichtig scheinen:

- Es fällt auf, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und das in einem Jahr, in dem die Unternehmen die besten Abschlüsse seit langem zu verzeichnen hatten. Der Gemeinderat führt als Begründung verzögerte Schlussabrechnungen an. Wie kommt es aber, dass andere Gemeinden und vor allem andere Kantone in ihren Rechnungen gerade bei den Steuereinnahmen juristischer Personen massive Zunahmen zu verzeichnen hatten? Und wir fragen uns auch, ob und wie der Gemeinderat die Unternehmen „pflegt“, die noch einen hohen Teil des Steueraufkommens erbringen?
- Auf Seite 18 der Botschaft spricht der Gemeinderat davon, dass die Kosten bei Plazierungen in nicht direkt subventionierte Alters- und Pflegeheime stark gestie-

gen seien. Heisst das, dass es in Ostermündigen einen Mangel an subventionierten Betten vor allem für die Chronischkranken hat?

- Und schliesslich noch eine allgemeine Bemerkung. Der Selbstfinanzierungsgrad und der Selbstfinanzierungsanteil präsentieren sich zwar für das vergangene Jahr als zufriedenstellend. Doch das kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Finanzkraft der Gemeinde immer noch sehr schwach ist. Gegenmassnahmen sind im Gang, doch eines muss man einmal mehr feststellen: Wer heute in Ostermündigen von Steuersenkungen spricht, träumt! Oder ist bereit, dafür Substanz zu opfern oder Leistungen abzubauen. Beides ist die Sache der CVP nicht.

Walter Bruderer (FORUM): Bevor wir ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen, möchten wir danken für die umfangreichen Informationen und den Rechnungsabschluss mit einem positiven Vorzeichen.

Ein wesentlicher Grund dafür hat die Hochkonjunktur geliefert. Was gut nachvollziehbar ist bei den Konten „Soziales“ - 1,1 Mio. Franken weniger Aufwand - und bei den obligatorischen periodischen Steuern - 1,7 Mio. Franken besser als budgetiert. Wertvoll wäre, wenn die Investitionen künftig im Finanzplan die gleichen Kontonummern aufweisen würden wie im Budget und in der Rechnung. Dann sähe man, dass die im Finanzplan prognostizierten Investitionen manchmal nicht oder ganz anders eintreffen.

➤ Von einer Steuerreduktion ist leider immer noch nicht die Rede!

Die Verzinsung der Spezialfinanzierungsrücklagen erfolgte zu einem Zinssatz von 1,5 %. Nicht nachvollziehbar ist, dass der Steuerhaushalt auf diese Weise von den Gebührenzahlern profitieren will.

Der Abteilung Gemeindebetriebe gratulieren wir zu den erreichten, bedeutend höheren Altpapierpreisen. Erfreulich auch die erfolgreiche Äufnung der Spezialfinanzierung. Wichtig ist, dass die ARA-Kosten vermehrt vom abgelieferten Schmutzwasser abhängig gemacht werden. Von den Anstrengungen der Gemeindebetriebe, Sauerwasser wenn möglich nicht mehr der ARA zuzuleiten, muss der Gebührenzahlende unbedingt profitieren. Die ARA-Kosten stiegen 2007 um rund 1 Mio. Franken. Wer hat davon spürbar profitiert?

Die Prognose des Gemeinderates, die Kosten für den Wasserbezug vom Wasserverbund Bern würden um max. Fr. 100'000.-- steigen, sind - wie von uns prophezeit - Wunsch geblieben. Es sind jährlich rund Fr. 400'000.-- mehr als früher. Zudem steht im Verwaltungsbericht auf Seite 109, dass - darauf haben wir beim Studium der Wasseranlagen auch aufmerksam gemacht - sehr viel alte Wasserinfrastruktur zu ersetzen ist. Vielleicht wäre es zweckmässig, wenn die GPK die Wasserverbundrechnungen genau unter die Lupe nimmt.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion bedankt sich für das umfangreich Werk. Wir können uns nicht in allen Aspekten den Vorrednern anschliessen. Dank der guten

Wirtschaftslage konnte ein positiver Rechnungsabschluss von 0,7 Mio. Franken erzielt werden. Aber es gilt trotzdem aufzupassen! Die Steuererträge sind gegenüber der Rechnung 2006 um Fr. 100'000.-- geringer ausgefallen. Dies ist vor allem bei den juristischen Personen erstaunlich. Dafür kann der Finanzverwalter über die Situation der Gemeinde Ostermundigen Bescheid geben. Auf die mageren Jahre können die fetten Jahre folgen? Wenn die Abschlüsse zwei bis drei Jahre verzögert einkehren, so sind wir an den Steuererträgen der juristischen Personen in den folgenden Jahren sehr interessiert. Vielleicht sehen diese dann ein wenig besser aus.

Ein anderer Punkt, welcher uns aufgefallen ist, ist der Personalaufwand. Dieser ist gegenüber der Rechnung 2006 um 1,4 % gestiegen. Im Gegensatz ist die Einwohnerzahl nach wie vor rückläufig. Das Missverhältnis wirkt störend. Da ist noch einige Arbeit zu leisten. Es geht darum, dass die Gemeinde Prozesse etablieren und der optimale Personaleinsatz ermöglichen kann. Die Anforderungen, Fähigkeiten und Weiterbildungspotentiale sind in Übereinstimmung zu bringen.

Die Entwicklung des Eigenkapitals auf 13,5 Mio. Franken resp. 13 % des Jahresumsatzes lässt Spielraum für grundsätzliche Überlegungen offen. Hier sind wir anderer Meinung als die CVP-Fraktion. Wie kann einem Wegzug von potenten Firmen entgegen gewirkt werden? Müssen nicht neue Überlegungen stattfinden, wie der Steuersatz gegenüber den Nachbargemeinden angepasst werden kann?

Mit diesen beiden Anregungen für die Finanzstrategie (Personaleinsatz optimieren und Steuerpolitik prüfen) an den GGR möchte die FDP-Fraktion das grosse Zahlenwerk verdanken und unterstützt die Verabschiedung der Rechnung 2007. Wir verzichten auf die Detailbemerkungen.

Rudolf Kehrli (SP): „Sieben“ ist eine magische Zahl. Es gibt die sieben Zwerge, es gibt die sieben Plagen in der Bibel, wir kennen sieben Bundesräte und unser Rechnungsabschluss 2007 kann nicht als siebtes Weltwunder oder Buch mit sieben Siegeln bezeichnet werden. Es ist aber der siebente Jahresabschluss ohne Unterbruch seit 2001, welcher positiv abschliesst. Prognostiziert wurde stets ein Defizit, dies sollte in Zukunft ändern. Vielleicht bedingt es ein wenig mehr Mut von Seiten des Gemeinderates.

Die Rechnung 2007 schliesst gut ab. Klar könnten wir hier und dort immer etwas kritisieren. Die Rechnungsablage ist ein Zusammenzug von dem, was im letzten Jahr geschehen ist und diese Zahlen können wir heute Abend nicht mehr verändern. Im Prinzip könnte ich mein letztjähriges Manuskript zum Rechnungsabschluss 2006 verlesen, es gäbe keine grossen Differenzen.

Wie üblich hat die ganze Verwaltung gute Arbeit verrichtet und die Budgetdisziplin wurde eingehalten. Dafür gilt ein Dankeschön. Beim Gewinn können wir mit Freude feststellen, dass dieser gegenüber dem Vorjahr um 100 % angestiegen ist. Die Besserstellung der Rechnung gegenüber dem Budget ist der Minderaufwand und Mehrertrag (teilweise bei den Steuern) verantwortlich. Nach wie vor ist die Gemeinde Ostermundigen auf gute Steuerzahlende (natürliche und juristische Personen) angewie-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

sen. 87 % der Steuereinnahmen leisten die natürlichen und nur 13 % die juristischen Personen. Dieser Anteil darf durchaus grösser sein. Der Gemeinderat hat sich bereits verschiedentlich dahingehend geäussert, er wolle den Anteil mittels verschiedenen Massnahmen verbessern. Hier sind gute Ideen und Einsatzwille gefragt.

Natürlich hat der Aufwand gegenüber dem Budget zugenommen. Dies lässt sich manchmal schlecht beeinflussen, da es sich oftmals um „gebundene Ausgaben“ handelt. Trotz den hohen Investitionen musste die Gemeinde kein Fremdkapital aufnehmen. Eine Umschuldung konnte mit einer Laufzeit bis ins Jahr 2027 verlängert werden.

Kurz und gut: Die SP-Fraktion kann dem Botschaftsbeschluss und der Rechnung 2007 zustimmen.

3

Ernst Hirsiger (SVP): Die „böse“ SVP-Fraktion hat auch Freude am positiven Rechnungsabschluss. Auch wir haben festgestellt, dass seit mehreren Jahren die Rechnung besser als budgetiert ausfällt. Wenn wir den Finanzplan studieren, stellen sich uns immer einige Fragezeichen - warum diese Diskrepanz entsteht. Wir wissen, dass immer ein paar Sonderfaktoren berücksichtigt werden müssen. Auch im letzten Jahr haben diese eine gewisse Rolle gespielt.

Fakt ist, dass wir das Jahr 2007 mit einer Besserstellung von 2,7 Mio. Franken abgeschlossen haben. Das stellt bei uns Fragen nach der Budgettoleranz. Hält hier die Gemeinde gewisse Richtwerte ein? Die Abweichungen beim Aufwand „Budget/Rechnung“ beträgt grob 14 % und beim Ertrag 17,6 %.

Wir träumen im Gegensatz zur CVP-Fraktion von tieferen Steuern. „Benchmark“ ist für uns die Stadt Bern. Ostermundigen sollte den gleichen oder tieferen Steuersatz als die Stadt Bern ausweisen. Ansonsten müssen wir bald einmal fusionieren. Wir möchten dem Gemeinderat Mut zusprechen und erwarten ein Budget mit einer Steuerensenkung von einem Zehntel. Diese Steuerreduktion hätte Mindereinnahmen von rund 1,5 Mio. Franken zur Folge. Drastische Sparmassnahmen müssen noch nicht ergriffen werden. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass beim vorliegenden Rechnungsabschluss eine Schwalbe noch keinen Frühling ausmacht. Wir sind für eine mutige Steuerpolitik.

Selbstverständlich verdanken auch wir die geleisteten Arbeiten und die detaillierte Rechnung. Aus Zeitgründen verzichten auch wir auf die Detailberatung.

Ratspräsident: Aus dem Rat liegen keine Wortmeldungen zur Botschaft mehr vor. Wir können die Detailberatung der Rechnung 2007 in Angriff nehmen.

4

³ Aliko Panayides (SVP) tritt um 17.30 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

⁴ Maria Anna Baumann (SP) tritt um 17.40 Uhr der Sitzung bei. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

Synes Ernst (CVP): Der CVP-Fraktion hat sich eine Frage in Bezug auf die Steuern von juristischen Personen gestellt. Ich habe mich bei der kantonalen Steuerverwaltung erkundigt. Nach dem Eingang der Steuererklärungen werden die ersten Ratenzahlungen fällig und dies führt zum sogenannten „Steuerertrag“. Bei den Unselbständigerwerbenden und Rentnern wurden das Jahr 2006 mit 99 % und das Jahr 2007 mit 36 % veranlagt. Die Steuereinnahmen sind somit bekannt. Die Selbständigerwerbenden konnten für das Jahr 2006 mit 98 % veranlagt werden. Somit sind auch diese Steuererträge bekannt. Von den „bekannten Grosskunden“ konnten für das Jahr 2006 bis auf zwei Fälle alle veranlagt werden.

Ich möchte wissen, ob tatsächlich so viele Ausstände vorliegen und deshalb die schlechten Zahlen bei den juristischen Personen vorliegen?

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Ich möchte mich dazu kurz äussern. Ich möchte den Rat darauf aufmerksam machen, dass wir im letzten Jahr 2 Mio. Franken mehr Steuererträge als budgetiert eingenommen haben. In diesem Jahr ist die Tendenz umgekehrt.

Apropos Selbständigerwerbende: In Ostermundigen sind nur ein paar grosse Firmen ansässig, welche die Steuereinnahmen der juristischen Personen ausmachen. Wenn von den 98 % der veranlagten juristischen Personen gesprochen wird, so handelt es sich bei diesem Wert hauptsächlich um die „kleineren Firmen“, welche ertragsmässig nur unwesentlich ins Gewicht fallen.

Stefan Lanz (Finanzverwalter): Es ist tatsächlich so: Im Jahr 2007 mussten wir Korrekturen (Herabsetzungen) aufgrund von definitiven Veranlagungen der Jahre 2003 bis 2006 entgegen nehmen. Im Jahre 2005/2006 konnten wir zu hohe Einnahmen verbuchen, welche im Jahre 2007 korrigiert wurden. Detailuntersuchungen haben gezeigt, dass keine gravierenden Wegzüge von juristischen Personen stattgefunden haben.

Ratspräsident: Zur Rechnung 2007 liegen keine Voten seitens des Parlamentes mehr vor.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Besten Dank für die interessanten Voten und die sachliche Diskussion. Die Rechnung 2007 ist „Tatsache“ und „abgerechnet“. Eine freudige Mitteilung kann ich noch verlauten lassen: Auf kantonalen Ebene ist eine Steuersenkung pro 2009 in Planung. Wir werden rund 5 % weniger Steuern zu bezahlen haben. Den Steueransatz der Gemeinde werden wir an der Budgetsitzung am 11. Dezember diskutieren. Der Gemeinderat strebt eine Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern an. Ob dieser Schritt Tatsache wird, zeigt uns die Budgetsitzung.

Ratspräsident: Wir können jetzt die Abstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Gemeinderechnung 2007 abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 759'567.99 wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Schulanlage Dennigkofen; Gesamtsanierung: Sanierung Hallentrakt - Bewilligung eines Nachkredits

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP) Neben Heinz Bornhauser steht uns auch der Projektleiter, Herr Schmid, vom Büro Burkhardt und Partner AG, zur Verfügung. Wie eingangs erwähnt, haben wir die Fraktionschefs vorgängig zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um einen "Nachkredit" zum bestehenden "Sanierungskredit" gemäss Gemeindeordnung Art. 18.2 und 57.1 d. Das bedeutet, dass das Parlament abschliessend für diesen Nachkredit zuständig ist (keine Volksabstimmung).

Mit der vorliegenden Botschaft wollen wir nun auch die letzte Schulanlage fertig sanieren. Danach haben wir alle Schulanlagen auf einem guten Unterhaltsstand, welchen wir halten wollen. Es zeichnet sich ab, dass wir von der vorgesehenen Baureserve der Schulanlage Rüti einen gewissen Betrag nicht benötigen werden und dieser somit zurückfliessen wird. Die Grössenordnung kann heute nicht beziffert werden.

Was ein langer Sanierungsunterbruch für Kosten entwickelt, wird in der Botschaft unter Ziffer 1 des Beschlusses bzw. in der Aufstellung unter Punkt 2.4 „Kostenvoranschlag“ erwähnt.

In der Machbarkeitsstudie war das Ziel, soviel Sporthallenraum wie möglich zu erhalten und mehrfach zu Nutzen, aber auch die schulischen Bedürfnisse (in 12 Jahre Schulwelt hat einiges geändert) zu berücksichtigen. Details können in der Botschaft nachgelesen werden.

Die Differenzen zwischen „Novum 4“ und „Minoptima“, welches im 1996 genehmigt wurde, können auf den mitgelieferten Plänen (Minoptima oben rechts) eingesehen werden. Im Vorfeld wurde durch die Finanzkommission gewünscht, bei der Botschaft möge man der Ziffer 4 des Beschlusses mit einer Betriebskostenanalyse ergänzen. Leider hat dies zeitlich nicht mehr gereicht. Unser Ratsmitglied und ausgewiesener Fachmann in Energiefragen, Zeyer Christian, hat in der Folge den Auftrag erhalten, eine Zusammenstellung dieser Angaben vorzunehmen. Ich will versuchen, aus der umfangreichen Arbeit die wichtigsten Erkenntnisse zusammenzufassen:

- Für die jährlichen Energieeinsparungen wurden an Stelle Öl folgende Vergleiche (Eckdaten) verwendet/angestellt:
 - a. Gasheizung;
 - b. Warmwasser Abwärmerückgewinnung aus Duschwasser;
 - c. Nur minimale Komfortlüftung für neue Energie Bezugsflächen und für die Abwartzwohnung (minimal für Sanierung).

Dies ergibt eine Differenz von rund 115'000 kWh/J oder 11'500 Liter Heizöl.

- Im Rahmen eines Berechnungsbeispiels, wo mit einem Zinssatz von 2 % bzw 5 % ausgegangen wird und einer Annahme, dass
 - a. der Energiepreis leicht auf 0,1 Fr/kWh fällt, bzw.
 - b. einen linearen Anstieg in den nächsten 30 Jahren auf 0,3 Fr/kWh zu erwarten ist, ergibt dies bei 30 Jahren einen Minderkostenbetrag zwischen Fr. 180'000.-- bis Fr. 500'000.--, d. h. pro Jahr Einsparungen zwischen Fr 6'000.-- bis ca Fr. 17'000.--.

Im weiteren zeigt die Studie, dass wenn man bei einer Anmeldung der Halle für die Zertifizierung „Minergiestandard“ im 2008 mit einem Subventionierungsbetrag von ca Fr. 240'000.-- rechnen kann. Der Kreditbetrag unter Ziffer 4 im Beschluss ist sicherlich die obere Grenze für das Erlangen des Minergiestandard. Ich kann versichern, dass wir nur die zwingend nötigen Ausgaben für das Erlangen dieser Zertifizierung verwenden werden. Aber im heutigen Stand der Bearbeitung ist es schwierig, die genauen Kosten auf den Franken genau zu definieren.

Mit der Genehmigung der 1,14 Mio. Franken in Ziffer 4 haben wir gute Chancen, unsere Positionierung (Rangierung) im Minergie-Rating des Kantons um einiges zu verbessern. Zudem entspricht die Ziffer 4 der vom GGR überwiesenen Motion vom Juni 2007 betreffend "Ostermundigen baut energiegerecht".

Der Ordnungshalber will ich darauf hinweisen, dass man sich bewusst sein muss, dass wenn wir den Hallentrakt in Minergiestandard sanieren, der Rest der Schulanlage diesen Standard nicht ausweist, da zum damaligen Zeitpunkt diese Vorgaben noch nicht gefordert wurden.

5

Heinz Gfeller (FDP): Besten Dank für die vorliegenden Detailinformationen. Ich hätte es begrüsst, wenn die letzten Ausführungen des Departementvorstehers Hochbau zum Minergieprojekt auf einem A4-Blatt dem Parlament schriftlich verteilt worden wäre. Vielleicht hätten wir dem Votum noch besser folgen können. Wenn ich es richtig verstanden habe, können wir eine jährliche Einsparung von rund Fr. 10'000.-- verbuchen. Die Investitionen von 1,14 Mio. Franken lassen mich auf 10 % effektive Wirtschaftlichkeit nach dem neuen Rechnungsmodell mit dem Abschreibungsmodus und somit nicht wirtschaftlich einstufen.

Grundsätzlich können wir uns mit den abgegebenen Unterlagen und der Fusion Rothus/Dennigkofen einverstanden erklären. Das Bedürfnis ist unbestritten. Das Projekt ist transparent ausgearbeitet. Auch die finanziellen Teile des Mehrbedarfs werden klar ausgewiesen. Das Departement Hochbau und die Spezialkommission haben speditiv und gut gearbeitet. Zum Ausbau nach Minergiestandard hat uns der Departementvorsteher vorgängig orientiert. Die aktuelle Lage der Brennstoffpreise stellt diesen Beitrag zur Ökologie als sinnvoll und ökonomisch vertretbar dar. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

⁵ Rupert Moser (SP) tritt um 17.55 Uhr der Sitzung bei. Somit sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

Marco Mantarro (FORUM): Auch das FORUM unterstützt das vorliegende Geschäft. Trotzdem stellen sich uns noch ein paar Fragen. Gemäss Botschaft sind im Dennigkofenschulhaus keine Schulraumreserven vorgesehen. Steht im Hinblick auf das geplante Bevölkerungswachstum genügend Schulraum zur Verfügung (das Rothschulhaus nicht einberechnet)? Kann ein Elternabend oder sonstiger Event mit 160 bis 200 Personen auf genügend Parkplätze zurückgreifen? Alternativ muss der öffentliche Verkehr das Schulhaus ebenfalls zu späterer Stunde bedienen.

Christian Zeyer (SP): Ich sitze hier im Saal an einem Pult, welches wackelt. Rudolf Kehrli nahm einen Fünflieder aus der Geldbörse, schob diesen unters Tischbein und das Pult wackelt nicht mehr.

- Das gleiche Vorgehen geschieht mit dem vorliegenden Geschäft. Wir wollen nicht, dass diese Schulanlage wackelt und evtl. auseinander fällt. Es ist richtig, dass die Sanierungsarbeiten vorangetrieben werden. Gute Voraussetzungen für die Schulen sind die besten Investitionen für die Bildung und deshalb wichtige Pfeiler zugunsten unserer Gemeinde.
- Wir müssen zur Bausubstanz Sorge tragen und diese schützen.
- Des weitern haben wir sorgsam mit der Energie umzugehen.

Diese drei Punkte werden mit dem vorgeschlagenen Gemeinderatsantrag erfüllt. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion das Geschäft.

Lucia Müller (SVP): Die SVP Ostermundigen hat das vorliegende Geschäft ebenfalls geprüft und kann ihm so wie es vorliegt, auch zustimmen. Für uns war aus der Botschaft nicht ganz einfach zu erkennen, ob der Ausbau der Bibliothek und die Sanierung der Abwartswohnung ebenfalls in die Planung miteinbezogen wurden. Die GPK konnte diese Frage dann allerdings mit ja beantworten. Wir hoffen, dass dem dann auch wirklich so sein wird.

Einige unserer Mitglieder störten sich an der Tatsache, dass für eine Turnhalle der Minergiestandard nötig sei. Doch auch hier scheinen die Mehrausgaben im Hinblick auf die steigenden Energiekosten letztendlich vertretbar zu sein.

Die ausgewiesenen Kosten sind sicher enorm hoch. Da sich mit der gesellschaftlichen Veränderung der vergangenen Jahre auch die Bedürfnisse an die Schulanlagen und ihrer Nebengebäude verändert haben, sieht die SVP ein, dass die geplanten Mehrkosten nicht wesentlich kleiner gehalten werden können. Bei der Planung wurden nach unserem Ermessen keine Luxusprojekte eingebaut. Es wurde auf das sinnvoll Notwendige ausgerichtet, was wir den involvierten Stellen als Lob zurückgeben möchten.

Ob es allerdings nicht transparenter gewesen wäre, das alte Projekt abzuschliessen und die Sanierung des Hallentraktes als neues Projekt auszuweisen, scheint uns

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

immer noch nicht ganz klar. Wir kommen nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass mit dem vielleicht vorschnellen Ausmieten der Schulanlage Rothus eben doch ein unnötiger Zeitdruck bewirkt wurde. Und kritisch wie wir in solchen Geschäften sind, fragen wir uns, wie gewollt dies so gehandhabt worden ist? Die auftauchenden Probleme der Übergangsphase wie Zeitdruck, engste Platzverhältnisse und fehlende Schulküche oder Nebenräume hätten auf jeden Fall entschärft werden können, hätte man die aus unserer Sicht durchaus gerechtfertigte Fusion der beiden Schulanlagen erst nach der Sanierung angesetzt.

Nicht unterlassen möchten wir an dieser Stelle den Aufruf an alle Beteiligten, sowohl bei der anstehenden Neuausstattung, wie auch bei geplanten An- und Wiederbeschaffungen von Schulmaterial im gesamten Schulbereich der Gemeinde - dies betrifft jetzt insbesondere den Werkunterricht, auf Sinn und Zweckmässigkeit zu achten. Die Information, dass bei diesem Umzug nun „nigelnagelneue“, nie gebrauchte Maschinen und Material in nicht geringen Mengen zutage kommen, die nirgendwo mehr eingesetzt werden können, weil schlicht nirgendwo soviel Lagerraum vorhanden ist, hat uns schon wenig erfreut.

Noch zum Votum von Marco Mantarro: „D'Schüeler müesse o loufe, da isch das de Eltere uf jede Fau o zuezmuete...!“

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt selbstverständlich das vorliegende Geschäft. Es ist nötig und richtig, dass hier schnell gehandelt wird und die Sanierungsarbeiten abgeschlossen werden. Eine Frage stellt sich noch: Wieviel der Mehrkosten sind durch das Zügeln der Schulanlage Rothus und wieviel als Sonstiges entstanden?

Norbert Riesen (SP): Dem Votum von Lucia Müller möchte ich anmerken, dass wir vor ungefähr acht Jahren hier im Rat über die Prioritäten der Schulhaussanierungen diskutiert haben. Damals wurde festgelegt, das Rütischulhaus zuerst und anschliessend das Dennigkofenschulhaus zu sanieren.

Als Vertreter einer unternehmerisch ausgerichteten Partei ist mir bewusst, dass die Schulanlage Rothus beim Abschluss eines Mietvertrags unter einen gewissen Zeitdruck fällt. Wir sind mit der Situation der Schulhaussanierungen und der Umstrukturierung vertraut. Dieser Umstand muss möglichst schnell vollzogen werden. Ich ziehe die Situation dem harzigen Geschäft „Behörden- und Verwaltungsreform“ vor.

Ich möchte der Verwaltung für die Vorbereitung des Geschäftes bestens danken. Den Informationsanlass für die Fraktionschefs ist begrüssenswert.

Renate Bolliger (EVP): Die Planung für die Sanierung des Hallentraktes Dennigkofen hat inzwischen eine lange Geschichte. Eine zu lange, eigentlich! Jetzt kann endlich die letzte Schulhaussanierungsaltpast von Ostermundigen beseitigt werden. Und zum Glück haben wir STRATUS. Wir wollen nicht unserer nächsten Generation die

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

gleichen finanziellen Probleme beschere, die die Schulhaussanierungen mit sich brachten.

Wir von der EVP-Fraktion haben das Geschäft genau angeschaut. Wir haben an der vom Hochbau organisierten Infoveranstaltung unsere Fragen klären können. Vielen Dank für diesen Anlass. Leider wurde er nicht gerade gut besucht.

Nun zur Vorlage:

- ① Die vorliegende Planung scheint uns nun ausgereift und sinnvoll. Wir denken, dass es gelungen ist, das Optimum herauszuholen. Die geplanten Räume sind notwendig und gerade im Hinblick, dass im Sommer die Schule Rothus ins Dennigkofen zügelt, ist es zwingend, dass das Raumangebot erweitert wird. Das Dennigkofen braucht dringend eine grössere Aula, Hauswirtschaftsräume, einen Raum für die Mittagsverpflegung. Auch die anderen Räume sind keine Luxusvarianten. Sie werden für den Schulunterricht benötigt und lassen keine Abstriche zu.
- ① Dem gebundenen Nachkredit für die Teuerung und die Mehrwertsteuerveränderung bedingen auch nichts anderes als unsere Zustimmung. Als die Sanierung auf Eis gelegt wurde, hatte man vorgewarnt, dass die Sanierung später teurer werden würde. Dies hat sich nun bewahrheitet, sind doch zwei Mehrwertsteuerverhöhungen dazu gekommen. Könnte man jetzt sagen, hätten wir doch nur dann schon saniert. Auf der andern Seite sind jetzt die veränderten Raumbedürfnisse bekannt. Damals ahnte wohl kaum jemand, dass die zwei Schulhäuser einmal fusionieren werden.
- ① Die EVP-Fraktion stimmt ebenfalls dem Kredit für den Minergiestandard zu. Wir finden es sinnvoll, bei einer gemeindeeigenen Liegenschaft von dieser Grösse einen entsprechenden Kredit zu bewilligen. Wir vermuten, dass in den nächsten 30 Jahren noch einiges an Energie eingespart werden kann, wenn weiter nach Minergie gebaut wird. Die Umwelt wird es uns danken - und wenn die Ölpreise weiter so ansteigen, werden wir vielleicht noch froh sein, etwas weniger Heizkosten bezahlen zu müssen.

Ein Wermutstropfen bleibt, dass der Umzug der Schulanlage Rothus nicht nach der Sanierung durchgeführt werden kann. Aber die Pläne der Vermietung des Rothus waren zum Zeitpunkt nicht bekannt, als beschlossen wurde, das Rütischulhaus vorweg zu nehmen. Sonst wäre dieser Entscheid damals vielleicht auch anders ausgefallen. Auf jeden Fall wird die 1 ½ Jahre Sanierungszeit eine Durststrecke (nicht zuletzt auch für die Vereine) auslösen.

Bleibt zu sagen: „Was lange währt, wird hoffentlich endlich gut!“ Und ich hoffe schwer, dass in 10 bis 20 Jahren unsere Nachfolger sagen werden: Wir haben mit dieser heutigen Planung gut entschieden!

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Besten Dank für die breitgefächerte Unterstützung aus dem Rat. Zu den Fragen möchte ich versuchen, Stellung zu nehmen:

➤ Parkplätze

Lucia Müller hat es richtig gesagt, die meisten Eltern wohnen in der Umgebung der Schulanlage und können diese zu Fuss problemlos erreichen. Ansonsten werden kaum jemals 200 Fahrzeuge dort parkiert sein.

➤ Projektabschluss und Neubeginn der Hallensanierung

Wäre dies so ausgeführt worden, wäre der bestehende Kredit von 10 Mio. Franken abgerechnet und ein neues Abstimmungsverfahren notwendig geworden. Die Schulanlage Dennigkofen hätte in den nächsten drei bis vier Jahren nicht saniert werden können.

➤ Mehrkosten durch das Zügeln

Die baulichen Massnahmen innerhalb der Schulanlage waren kleinere räumliche Anpassungen. Quantitative Zahlen können heute Abend nicht kommuniziert werden.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Besten Dank für die Voten rund um den Hallentrakt Dennigkofen. Mit dem Abschluss dieser vorgesehenen Sanierung werden alle Schulinfrastrukturanlagen wieder auf dem aktuellsten Stand sein. Zu den einzelnen Fragen kann ich wie folgt Stellung nehmen:

➤ Schulraumreserven

Eine „Schulraumreserve“ besteht seit der Klassenschliessung in der Schulanlage Bernstrasse. Wenn nötig, könnte dort Schulraum zur Verfügung gestellt werden. In der Schulanlage Dennigkofen stehen keine Reserven mehr zur Verfügung.

➤ Abhängigkeit der Sanierung Hallentrakt im Zusammenhang mit der Fusion Rothus/Dennigkofen

Wir hätten gerne einen gestaffelten Übergang vollzogen. Die Nachmieterin (Christopherus Schule) steht jedoch unter Zeitdruck (gekündigte Liegenschaft per Ende 2008). Die Prioritätensetzungen ergab eine 1 ½ jährige Durststrecke, welche der Gemeinderat in Kauf nimmt. Die Sanierung des Hallentrakts wird eine intensive Zeit für die Schulanlage Dennigkofen. Der Bereich des täglichen Schulunterrichts darf nicht stark eingeschränkt werden. Für den Sport werden zurzeit noch Lösungen gesucht.

➤ Rothus --> Dennigkofen

Der Hallentrakt kann in Bezug auf die Einteilung nicht mit Klassenzimmern verglichen werden. Der Werkraum wird für den Spezialunterricht benötigt und wurde erst nachträglich in die Gesamtanierung aufgenommen. In den anderen Räumen besteht eine klare Mischnutzung. Eine Aufteilung auf die einzelnen Schulhäuser kann nicht vorgenommen werden.

➤ Material eingepackt oder nicht

Ich kann diese Frage ohne Rücksprache nicht genau beantworten. Mir sind keine Materiallager für ungenutzte Gegenstände bekannt.

➤ Bereich Wohnung und Bibliothek

Diese Frage wurde bereits beantwortet.

Ratspräsident: Wir können die Abstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der veränderte Raumbedarf der Schule wegen der Veränderungen im Lehrplan, des neuen Schulsystems und der Fusion mit der Schule Rothus wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem gebundenen Nachkredit von Fr. 1'770'913.-- für die Mehrwertsteuerrückgang (6,5 auf 7,6 %) und die Teuerung seit 1996 (beides nur für den Restbetrag des alten Kredits) wird zugestimmt
3. Dem Nachkredit von Fr. 2'136'480.-- für die Umsetzung des neuen Raumbedarfs gemäss Punkt 1 wird zu gestimmt.
4. Dem Nachkredit von Fr. 1'140'000.-- für das Erreichen des Minergiestandards bei der Umsetzung des Umbaus des Hallentrakts wird zu gestimmt.
5. Das Total des Nachkredits gemäss vorstehender Beschlüsse von Fr. 5'047'393.-- sowie der neue Gesamtkredit für die restlichen Sanierungsarbeiten von Fr. 15'440'000.-- werden zur Kenntnis genommen.

24 10.613 Polizeikommission

Polizeikommission; Ersatzwahl

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für die zurückgetretene Aliki Maria Panayides (SVP) wird Renato Zattarin (SVP), Forelstrasse 40 a, 3072 Ostermündigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juli 2008 bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Polizeikommission gewählt.

25 10.11 Reglemente Gemeinde
10.928 Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen

Behörden- und Verwaltungsreform (BVR): Genehmigung Projektauftrag und Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Regula Unteregger (SP und Vorsitzende Spezialkommission): Ich möchte darauf hinweisen, dass uns die beiden Herren David Keller (Leiter Öffentliche Sicherheit) und Ueli Seewer (externer Berater) als Auskunftspersonen zur Verfügung stehen.

Die parlamentarische Spezialkommission, die wir hier am 28. Juni 2007 eingesetzt haben und der Gemeinderat unterbreiten dem Parlament heute den Projektauftrag zum weiteren Vorgehen in der BVR. Damit verbunden ist auch ein Projektkredit. Ziel ist es, die Organisation von politischer Behörde und Verwaltung so optimal wie möglich zu gestalten und für geänderte Herausforderungen „fit“ zu machen. Ich bin überzeugt, dass es betreffend Zwang, sich an veränderte Verhältnisse anzupassen, keine wesentlichen Unterschiede zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand gibt. Den Unterschied gibt es aber in der Frage, welche Anforderungen wegleitend sind. Bei den Privatunternehmen ist es der Markt und damit die Rendite. Für die Gemeinde geht es um die wirksamste Erfüllung ihres Auftrags und zwar in einer Qualität, wie sie Recht und Politik vorgeben.

Der wesentliche Unterschied vom vorliegenden Projekt zu den bisherigen Arbeiten im Bereich BVR liegt darin, dass nun die Inhalte klarer strukturiert worden sind. Sie stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang und deshalb brauchen wir auch einen Zeitplan, der diese Abstimmungen vornimmt und dem Gesamtprozess Rechnung trägt. Ziel ist die Realisierung der Reform auf die übernächste Legislatur.

Wir schlagen dem Parlament vor, in drei Teilprojekten weiter zu gehen, die sich diesen Weichenstellungen widmen:

- die Politische Organisation (Anzahl GR-Mitglieder, Rolle Parlament, Kommissionen)
- Verwaltungsorganisation: wie kann die politische Vorgabe in der Verwaltung umgesetzt werden?
- Mit welchem Führungsmodell soll gearbeitet werden?

Wichtig ist, dass jede Fragestellung vom zuständigen Organ bearbeitet wird. Auf die konkreten Inhalte der Projekte möchte ich nicht eingehen, sie sind in den Unterlagen ausgeführt. Ganz wesentlich für das Gelingen sind die nötigen Ressourcen. Wir brauchen das nötige Fachwissen und wir brauchen es in ausreichendem Mass.

Wir schlagen dem Parlament vor, Herrn Ueli Seewer vom Büro service public als Experten für den Prozess beizuziehen. Er hat uns schon im Vorfeld für den vorliegen-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

den Projektauftrag beraten. Das Büro service public hat bereits zahlreiche Gemeinden bezüglich NPM beraten und steht dem VBG (Verband Bernischer Gemeinden) sehr nahe. Herr Seewer bietet mit seinem Fachwissen, seiner Erfahrung in der Begleitung von Gemeinden und seinen Fähigkeiten, individuelle Lösungen zu erarbeiten, bestmögliche Gewähr für das Gelingen des vorliegenden Projektes (auf den Ratstischen wurde vorgängig ein Lebenslauf verteilt).

Für genauso zentral halten wir die Ernennung eines verwaltungsinternen Projektleiters. Wir schlagen dem Parlament Herrn David Keller vor, der über fachliche Erfahrung im Bereich WOV verfügt. Er kann das Projekt leiten und damit die Koordination und Vernetzung innerhalb der Verwaltung sowie zwischen Verwaltung und politischer Ebene sicherstellen. Auch er hat das bereits im Vorfeld zur heutigen Sitzung unter Beweis gestellt. Neben dem Projektierungskredit benötigen wir für die externe Beratung und die Entlastung von David Keller die personellen und finanziellen Ressourcen. Es soll eine befristete 50 %-Stelle bis 2009 geschaffen werden.

Bei der Projektorganisation standen wir vor der Frage, organisieren wir uns möglichst effizient? Das heisst, Arbeit in kleinsten Gremien, oder organisieren wir uns so, dass wir uns im Prozess möglichst breit abstützen? Da diese Reform grundlegende Fragen ausgelöst hat und noch auslösen wird, haben wir uns entschieden, breit zu fahren. Dies absolut im Wissen darum, dass diese Organisationsform etwas Schwerfälliges hat.

Der vorliegende Projektauftrag inklusive Kredit ist in der Spezialkommission einstimmig unterstützt worden. Ich werte das als ganz entscheidendes Signal, dass es gelungen ist, Vertrauen in diesen Prozess herzustellen und die Überzeugung zu schaffen, dass dieser Reformprozess sinnvoll ist. Aber er muss mit der nötigen Sorgfalt angepackt werden und er braucht Zeit. Beides haben wir im vorliegenden Projektantrag berücksichtigt. Ich bitte den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

Ratspräsident: Es war nicht böse Absicht von mir, Herrn Seewer nicht vorgängig vorzustellen. Seine Anwesenheit wurde mir nicht kundgetan.

Rahel Wagner (EVP): Der Leidensweg des vorliegenden Geschäftes zieht sich nun schon fünf Jahre hin. Es ist bekannt, dass die EVP der BVR immer sehr skeptisch gegenüber stand und sich vor allem gegen die Verkleinerung des Gemeinderates von 9 auf 5 Mitglieder wehrte. Diese Haltung hat sich grundsätzlich nicht verändert. Trotzdem haben wir unsere Verantwortung wahrgenommen und tatkräftig in den bisherigen parlamentarischen Spezialkommissionen mitgearbeitet. Unermüdlich haben wir unsere Vorstellungen für eine BVR, welche gelingen könnte, vertreten, meist ohne Gehör zu finden. Ich zitiere aus dem Protokoll der GGR-Sitzung vom 28. Juni 2007, an welcher Renate Bolliger die Haltung der CVP- und EVP-Fraktionen vertrat:

„Es ist uns bewusst, dass hinter der Vorlage ursprünglich ein GGR-Beschluss steht. Trotzdem hat man bei den bisherigen Arbeiten viel zu wenig nach dem Sinn und Zweck der Reform gefragt. Wir möchten zuerst eine Zielsetzung, dann ein Konzept und dann die Umsetzung und nicht die gegenteilige Reihenfolge. Das Ziel bestimmt

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

die Strategie und nicht umgekehrt. Die ganze BVR soll in einem ganzen Paket daherkommen, aus einem Guss und nicht als Flickwerk, an dem nach und nach etwas gebastelt wird.“

Was wir heute vor uns haben, ist ein Werk von „Profis“, welches den Vorstellungen und Anregungen der EVP weitgehend entgegenkommt. Wir sind sehr froh, dass auch die Frage der Anzahl Mitglieder des Gemeinderates nochmals aufs Tapet kommt. Wir danken dem Projektleiter David Keller für den übersichtlichen und klar formulierten Projektauftrag bestens.

Die EVP-Fraktion wird heute den Projektauftrag genehmigen und den Kredit von Fr. 255'000.-- für die BVR bewilligen. Sie wird sich weiter für konstruktive Lösungen einsetzen und die Arbeiten mit grosser Aufmerksamkeit begleiten. Wir behalten uns aber ausdrücklich vor, bei der Abstimmung über die definitive Fassung der BVR mit einem Ja oder Nein zu antworten.

Heinz Gfeller (FDP): Was sich hier abzeichnet, sieht nicht schlecht aus! Die Zielsetzung für den Projektauftrag, die Termine der zu erbringenden Leistungen werden ausgewiesen. Mit dem vorliegenden Antrag werden die Voraussetzungen geschaffen, die entsprechenden Grundlagen für das kostentransparente, prozessorientierte, leistungs- und kundenorientierte für die notwendigen Gemeindedienstleistungen zu erarbeiten. Der Projektauftrag kostet uns einiges. Ein gesunder Projektlauf kann gewährleistet werden. Es wird sich lohnen, endlich einen Schritt weiter zu gehen. Mit dem Projekt wird es uns gelingen, den Behörden und den Mitarbeitenden auf sämtlichen Stufen die Vorgaben und Zielsetzungen aufzuzeigen. Langfristig kann ein Kulturwandel zum Motto „der Kunde steht im Mittelpunkt“ erreicht werden.

Ich hoffe, dass bei der weiteren Projektarbeiten ein Blick auf die Gemeinde Lyss geworfen wird. Diese ist zurzeit mit einigen Schritten in Sachen BVR weiter. Wir können von deren Know-how viel lernen und dabei günstig ein Strukturwandel herbei führen. Es ist vieles - besonders auf politischer Ebene - noch zu erledigen. Wenn wir nicht vorwärts kommen, so wird es für uns nur noch teurer. Tragende Beschlüsse sind zu erarbeiten und die politischen Blockierungen sind zu überwinden. Ich bin gespannt auf die Weiterbearbeitung.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin Mitglied dieser Gruppe und stimme der Vorlage zu, weil ich überzeugt bin, der neue Projektleiter und der neue Berater seien gewillt und bestens in der Lage dazu, die bereits bekannten, kritischen Punkte der Reform gut zu lösen. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind:

- der optimale Einbezug der politisch interessierten Bevölkerung und von Fachleuten ausserhalb der Verwaltung;
- die Berücksichtigung der elementaren Bedürfnissen und Möglichkeiten aller Parteien;
- die klar eingehaltene Gewaltentrennung;

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

- die transparente Abwicklung von allen Geschäften;
- eine Effizienzsteigerung (ist das wichtige Ziel des parlamentarischen Vorstosses gewesen);
- das zeitliche und inhaltliche Ausmass erkennen, damit Exekutiv- und Kommissionsmitglieder ohne Dauerstress durchdacht wirken können;
- Verbesserungen im Zusammenwirken zwischen Parlament, Gemeinderat, Kommissionen und Verwaltung.

Sollte dieser Zug, im Widerspruch zu meinen grossen Hoffnungen, an den erwähnten Zielen vorbei fahren, hätten wir - um es ganz freundlich zu sagen - keine grosse Freude daran.

Aliki Maria Panayides (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Geschäft intensiv beraten. Auch wir können erst beim Endprodukt über die Zukunft von Ostermündigen entscheiden. Wesentliche Elemente sind die Demokratie und die Finanzen. Effizient bedeutet für uns, Leistungen eventuell günstiger zu erhalten. Doch heute geht es primär um das „wie weiter“ - wie arbeiten wir an diesem Projekt weiter. Wichtig ist, dass das Geschäft in der ganzen Breite betrachtet wird. Wir begrüssen die Tatsache, dass der Bereich „Verwaltung“ besser in das Projekt eingebunden worden ist.

Der Kreditantrag hat uns irritiert. Die Erfahrungen mit externen Beratern in der Gemeinde sind nicht immer positiv. Die Beratungen kosten viel und die Lösungen kosten meistens noch mehr. Die externe Beratung soll im vorliegenden Fall zu mehr Effizienz führen. Zur Effizienz gehört aus unserer Sicht auch, dass nicht eine zusätzliche Stelle für das Projekt bzw. für die Entlastung des verwaltungsinternen Projektleiters geschaffen wird. Wir sind der Meinung, dass es hier nicht eine Entlastung braucht. Das Primat der Entscheidungen liegt bei der politischen Behörde. Da kann Herr Seewer mit dem nötigen Know-how beraten. Eine Ausdehnung im Verwaltungsbereich kann zu einer unnötigen Eigendynamik führen. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag:**

Der Projektauftrag Behörden- und Verwaltungsreform wird gutgeheissen und die für das Zuziehen des externen Experten notwendigen Kosten von Fr. 165'000.-- werden zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

Wir freuen uns, wenn das Parlament im Sinne der Effizienz diesem Antrag zustimmt.

Eduard Rippstein (CVP): Ich bin seit Beginn in dieses Geschäft involviert und freue mich, dass wir mit dem vorliegenden Projektauftrag einen nächsten Schritt einleiten können. Zum ersten Mal wurde ein Ziel formuliert. Die CVP-Fraktion wird dem vorliegenden Gemeinderatsantrag zustimmen - wir müssen nicht die Verwaltung ausbluten.

Norbert Riesen (SP): Auch die SP-Fraktion steht hinter dem vorliegenden Geschäft. Die Fussballeuropameisterschaft steht vor der Haustür und wie im Fussball, stehen wir jetzt in der Halbzeitpause. Die erste Hälfte wurde von der Mannschaft verhalten angegangen. Die zweite Halbzeit soll verstärkt mit Regula Unteregger etwas bewegen. Ich möchte das Team in den Vordergrund stellen. Herr Ueli Seewer ist nicht Fussballspieler, sondern er wird die Funktion des Coaches übernehmen.

Wichtig ist, allen Personen und Instanzen welche in irgendeiner Form mitgewirkt haben (Vernehmlassungen, in Arbeitsgruppen, in der Verwaltung etc.), ein grosses Dankeschön auszusprechen. Mit diesem sportlichen Teamgeist wünsche ich dem Projekt viel Erfolg.

Regula Unteregger (SP und Vorsitzende Spezialkommission): Der Änderungsantrag macht mir Kopfzerbrechen. Wir haben uns das weitere Vorgehen gut überlegt und wir sind nicht daran interessiert, möglichst hohe Kosten zu generieren. Macht jetzt den Fehler nicht, den Erfolg und die Qualität des Projektes wegen Fr. 55'000.-- in Gefahr zu stellen. Der Projektleiter hat die internen Ressourcen nicht, diesen Job zu erfüllen. Die Spezialkommission hat alles in ihrer Macht stehende unternommen, um das Projekt in Gang zu setzen. Doch wir benötigen verwaltungsinternen Support. Ein 100 Prozent-Abteilungsleiter kann diesen Job nicht im Nebenher erledigen.

Christian Zeyer (SP): Ich bin einer der wenigen Aussenstehenden bei diesem Projekt. Erst vor kurzem fiel mir das Buch mit dem Titel „Die sieben Todsünden der Projektleitung“ in die Hände. Die Todsünde Nummer eins ist: „Mach ein Projekt und stelle zuwenig Ressourcen zur Verfügung.“ Genau dies wird mit dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion angepeilt. Wenn der Grosse Gemeinderat das Projekt versenken will, so hat er lediglich dem Änderungsantrag zuzustimmen und zu wenig Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Ich glaube nicht, dass wir diesen Antrag unterstützen sollten.

Aliki Maria Panayides (SVP): Wir wollen das Projekt nicht versenken und es geht nicht darum, dass David Keller die Projektleitung nicht ausführt. Wir sind der Auffassung, dass in der Verwaltung andere Wege zur Verfügung stehen, um Herrn Keller bei der täglichen Arbeit zu entlasten. Im Projekt „ZIO“ stehen Möglichkeiten für eine Entlastung zur Verfügung. Gewisse Aufgaben könnten durch die Abteilung Präsidiales erledigt werden. Die Schaffung einer zusätzlichen 50 %-Stelle ist unserer Ansicht nach unnötig.

Walter Bruderer (FORUM): Theoretisch habe ich Sympathien für den Änderungsantrag der SVP-Fraktion. Nichts desto trotz möchte ich, dass wir diesen Änderungsantrag ablehnen. Ich habe Erfahrung in der Projektleitung und es ist besonders wichtig, dass den wichtigsten Leuten der Führung genügend Zeit und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Eine Hurra-Lösung bleibt unerwünscht!

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Voten mehr vor. Wir können nun die Abstimmung zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion vornehmen. Dieser lautet wie folgt:

Der Projektauftrag Behörden- und Verwaltungsreform wird gutgeheissen und die für das Zuziehen des externen Experten notwendigen Kosten von Fr. 165'000.-- werden zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 25 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident: Das Parlament hat nun noch die Schlussabstimmung vorzunehmen. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 0 den folgenden

B e s c h l u s s :

Der Projektauftrag „Behörden-/Verwaltungsreform“ wird gutgeheissen und die durch das Projekt anfallenden Kosten von Fr. 255'000.-- werden zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

26	10.443	Liegenschafts- und Landverkäufe
	10.2255	Verkauf Liegenschaften
	30.455	Kindertagesstätte, Birkenweg 19

Birkenweg 19; Verkauf

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Wir sind erfreut darüber, dass die SP-Motion betreffend energiegerechtem Bauen umgesetzt wird und beim Verkauf der Liegenschaft auf dieses Thema hin gearbeitet wurde. In der Botschaft wird in der Tabelle auf Seite 5 „*energieeffiziente Bauweise in Aussicht gestellt*“ und weiter unten steht „... *angeschlossene Vereinbarung zusichern*“. Zwischen „in Aussicht stellen“ und „Zusichern“ besteht eine grosse Differenz und wir hoffen, dass es beim vorliegenden Geschäft in die Richtung „Zusichern“ geht und weniger „in Aussicht stellen“.

Heinz Gfeller (FDP): Der Vorredner hat mich zu einem Zusatzvotum angeregt. Erfahrungen in Verkaufsverträgen sind klar. Auflagen, welche nicht im Sinne der Käuferschaft sind, werden mit Preisabschlag umgesetzt. Motivation für die Käuferschaft, etwas mit Entscheidungsfreiheit auszuführen, wird mit wirtschaftlich optimalem Abschluss vollzogen.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für diese Feststellung. Soweit ist mir die Ökonomie auch klar. Ich möchte daran erinnern, dass am 28. Juni 2007 der Grosse Gemeinderat der Motion „Ostermundigen baut energiegerecht“ zugestimmt hat und wir uns nun dafür einzusetzen haben. Das optimalste Angebot ist vielleicht auszuschlagen und dafür Minergiestandard zu bevorzugen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die sich abzeichnende Zustimmung. Ich bin überzeugt, dass uns hier eine gute Vorlage unterbreitet worden ist. Die Preisvorstellungen seitens des Gemeinderates wurden erreicht. Die Überbaubarkeit der Parzelle ist eingeschränkt und deshalb kann nicht der maximale Bau-landpreis in Rechnung gestellt werden.

Ich kann Christian Zeyer beruhigen. „In Aussicht gestellt“ bedeutet im vorliegenden Fall „zugesichert“. Der Kaufvertrag wurde noch nicht unterschrieben. Doch im bereinigten Entwurf ist geregelt, dass der Minergiestandard zugesichert oder Dreiviertel des Energiebedarfs über erneuerbare Energie abgedeckt wird. Diese Bestimmung ist im Nutzungsbonus festgehalten. Das energiepolitische Anliegen wurde in diesem Geschäft erreicht. Im Vertrag ist sogar eine Kautionszahlung vorgesehen. Die Sicherheit zugunsten der Gemeinde ist abgedeckt.

Christian Zeyer (SP): Beim Stichwort „Zwangslüftung“ muss ich mich zum Rednerpult begeben. Der Begriff lautet richtig „Komfortlüftung“.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die gemeindeeigene Liegenschaft Birkenweg 19 (Grundbuchblatt Ostermundigen Parzelle Nr. 4113 im Halt von 1'050 m²) wird zum Preis von Fr. 350'000.-- verkauft.
2. Die Liegenschaft gemäss Beschlussesziffer 1) wird als Einheit verkauft an:
 - Herrn und Frau
Shritharan und Valarmathy RAMALINAM-SRITHARAN
von Ittigen in Bern

und

- Herrn und Frau
Kumaralingam und Malhaluxmy POOBALASINGAM-KUMARALINGAM
von Sri Lanka in Bern

und deren Tochter

- Frau
Sujitha SIVAKARAN-KUMARALINGAM
von und in Bern

----- 20 Minuten Pause -----

27 10.11 Reglemente Gemeinde
10.2208 Ausgleich von Planungsvorteilen

Reglement über die Erhebung und Verwendung von Mehrwertabgaben; Genehmigung

Ratspräsident: Zuerst kann der GGR über die Botschaft debattieren und anschliessend die Detailberatung des Reglements vornehmen. Die beiliegende Verordnung kann nicht verändert werden. Diese liegt im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte es vorwegnehmen: Wir werden zu diesem Geschäft einen Rückweisungsantrag stellen. Ich möchte diesen Schritt begründen. Mir stehen zwei Hilfsmittel zur Verfügung: Die „Rechnung 2007“ sowie „Grundsätze mit Mustervertrag der Wasserversorgung und Energiewirtschaftsamt des Kantons Bern“. Uns haben sich vorgängig die folgenden Fragen gestellt:

Gemäss der heute Abend behandelten Bestandesrechnung ist auf Seite 76 (Konto 2281 Spezialfinanzierungen gemäss Reglement) folgendes festgehalten:

2281.101 Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte

1.1.2007 Fr. 514'158.-- Zuwachs Fr. 2'804'653.--

- Welche finanzpolitischen Ziele verfolgt der Gemeinderat mit dieser Spezialfinanzierung?
- Welche Mehrwertabschöpfungen sind noch zu erwarten?
- Wird die Ortsplanung auf höfliche Art gezwungen, weitere Mehrwertabschöpfungen zu schaffen, z. B. durch Schaffen von noch mehr Bauland?
- Gibt es eine Durchlässigkeit zwischen der neuen Spezialfinanzierung und dem heutigen Steuerhaushalt?
- Welche Investitionen werden künftig - und wie lange - aus der Spezialfinanzierung finanziert und welche aus dem Steuerhaushalt?
- Wäre überhaupt noch eine Steuersenkung möglich?
- Warum wurde die Spezialfinanzierung bis dato nicht verzinst? Der Kanton verlangt die Verzinsung, ausser diese werde im Reglement verneint.

Im Handbuch „Gemeindefinanzen“ stehen drei Gründe, die gegen eine solche Spezialfinanzierung sprechen:

- Die Gemeinde würde ihren eigenen Handlungsspielraum im Steuerhaushalt unnötig einschränken.
- Die zusätzliche Eigenkapitalbildung sei ja jederzeit gestattet.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

- Die Aussagekraft im Budget, in der Rechnung und im Finanzplan sei schwieriger. Gemäss Mustervertrag vom kantonalen Wasser- und Energiewirtschaftsamt gibt es Varianten, wie eine nicht überbaute Liegenschaft zur Finanzierung der Wassererschliessung herbei gezogen werden kann, nämlich durch:

- die vollständige Kostentragung durch die Bauherrschaft (Art. 109 BauG);
- Grundeigentümerbeiträge (Art. 111 BauG);
- und - man höre und staune - die Abschöpfung eines Teils vom Planungsmehrwert (Art. 142 BauG).

Die Strategie vom Wasser- und Energiewirtschaftsamtes lautet übrigens: Nur der Ersatz von Erschliessungsanlagen ist durch die reglementarischen Gebühren zu decken. Die von Bauherrschaften nicht bezahlten Anschlusskosten sind nicht - weil es einfach ist - den Gebührenzahlern zu überbürden.

Aus drei Gründen beantragen wir die **Rückweisung** des Reglementes an den Gemeinderat:

1. *Das Reglement entspricht inhaltlich nicht der gesetzlichen Anforderung an eine Spezialfinanzierung.*
2. *Die Finanzierung der Erschliessung „Wasser und Abwasser“ aus Mehrwertabschöpfungen bleibt - trotz einem wichtigen Motionsziel und der Möglichkeit dazu - ausgeschlossen.*
3. *Es bestände überhaupt keine Notwendigkeit, die Bauherrschaften für die erstmalige Erschliessung aus der Wasser- und Abwasserkasse zu subventionieren. Gemäss Mustervertrag liegt nur der Werterhalt von Anfang an in der Pflicht der Wasserversorgung.*

Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag zu unterstützen und das Geschäft zur gesetzlichen Überarbeitung an den Gemeinderat zurück zu geben. Sollte der Rat die Rückweisung nicht unterstützen, werde ich mir rechtliche Schritte (Beschwerde) gegen die Gemeinde überlegen.

Aliki Maria Panayides (SVP): Wir sind erfreut darüber, dass die von uns im Jahre 2005 eingereichte Motion etwas bewegt hat. Wir haben verschiedentlich versucht, unsere Anliegen zu deponieren. Wir verstehen das vorliegende Geschäft als ersten Schritt in die richtige Richtung. Den Rückweisungsantrag des FORUMS kann ich nachvollziehen. Ich glaube jedoch nicht, dass der Gemeinderat das Reglement nochmals überarbeitet. Dem Gemeinderat waren die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre bekannt.

Wir hoffen nun, dass der Einsatz der Mehrwertabgabe in die Spezialfinanzierung extensiv genutzt wird. Wir verstehen dies als dauerhaften Auftrag für den Gemeinderat. Dem vorliegenden Reglement stimmt die SVP-Fraktion zu.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion kann dem Reglement ebenfalls zustimmen. Die Voten und der Rückweisungsantrag des FORUMS machen mir Eindruck. Nach Ansicht von Walter Bruderer stimmt das vorliegende Reglement nicht mit dem kantonalen Musterreglement überein. Für mich stellt sich somit die Frage, was passiert, wenn Walter Bruderer in seiner Aussage Recht hat? Über diesen generierten Prozess möchte ich vom Gemeindepräsidenten nähere Auskünfte.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte mich nicht zur Sache im einzelnen äussern. Die Aussage von Walter Bruderer habe ich anders interpretiert. In der Botschaft wird ein Aspekt erwähnt, welcher juristisch nicht korrekt ist, jedoch juristisch möglich wäre. Die Interpretation entspricht nicht der Aussage von Heinz Gfeller. Ich stimme der Aussage von Aiki Panayides zu, wir müssen dieses Geschäft heute Abend diskutieren und letztendlich verabschieden. Einen Rückweisungsantrag kann ich nicht unterstützen.

Synes Ernst (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt das Geschäft. In der Mitwirkungsphase haben wir einige Fragen gestellt. Die Antworten waren für uns zufriedenstellend ausgefallen.

Rudolf Kehrli (SP): Wenn zwei Juristen über ein Thema diskutieren, entstehen drei Meinungen. Die Mehrwertabgaben werden in der Gemeinde Ostermundigen schon seit langer Zeit eingefordert. Dieser Vorgang ist nach kantonalem Recht legal. Für was die einkassierten Gelder letztendlich verwendet werden sollten, das hat der Gemeinderat in seinen Richtlinien im Jahre 1992 beschlossen. Im konkreten Anwendungsfall hat es zwischen den Beteiligten oftmals verschiedene Meinungen über die Auslage der Richtlinien gegeben.

Das vorgelegte Reglement kann als „guter Wurf“ bezeichnet werden. Für alle Beteiligten wurde eine klare und verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen. Es wird sichergestellt, dass die Mehrwertabgabe buchhalterisch als Spezialfinanzierung geführt werden muss. Auch die gemeinderätliche Verordnung ist in allen politischen Parteien begrüsst worden. Die SP-Fraktion kann dem Reglement ohne wenn und aber zustimmen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der wichtigste Punkt für den Gemeinderat liegt darin, dass bis heute schon Mehrwerte abgeschöpft wurden und diese auch teilweise bereits einbezahlt worden sind. Doch bis anhin musste mit jedem Grundeigentümer eine Vereinbarung abgeschlossen werden. In dieser Vereinbarung wurde die Verwendung der finanziellen Mittel geregelt. In früheren Bestimmungen wurde festgehalten, dass diese Gelder in jenen Gebieten wieder eingesetzt werden, wo der Mehrwert entstanden ist. Dieser Vorgang war oftmals schwierig zu vollziehen.

Mit dem neuen Reglement wird eine Spezialfinanzierung für die Mehrwerte eingerichtet. Alles kommt in den gleichen Topf. Im Reglement wird geregelt, wie die Finanzierung aus diesem Topf zu geschehen hat. Walter Bruderer hat die Frage gestellt, mit welchen Beträgen noch gerechnet werden kann. Es stimmt, wir haben eine grosse Baulandreserve resp -fläche eingezont und die Infrastrukturverträge mit den entsprechenden Grundeigentümern wurden abgeschlossen. An den meisten Orten wurde bis heute noch nicht gebaut und somit wurde der Mehrwert noch nicht fällig. Das sind im Oberfeld ca. 8 Mio. Franken. Für den Rütihoger wurde die erste Etappe bezahlt, ebenfalls am Flurweg. Der Hättenberg ist noch ausstehend, wird jedoch mit Baubeginn fällig. In der Küntigrube ist die Situation gleich wie beim Hättenberg.

Viele Gelder werden vertraglich geregelt. Die Einzahlungen werden jedoch erst mit der Erstellung der Mehrwerte fällig. In diesen Fällen gilt das neue Reglement und die Gelder fliessen alle in den selben Topf. Das ist der wesentliche Vorteil gegenüber der heutigen Lösung mit verschiedenen Töpfen.

Für welche Investitionen sollen die Gelder eingesetzt werden? Diese Frage wurde mit dem Baujuristen eingehend diskutiert. Die Erkenntnisse sind in der Botschaft festgehalten. Gemäss Art. 142 des kantonalen Baugesetzes (BauG) ist es nicht möglich, Mehrwertabschöpfungsgelder für die Spezialfinanzierungen einzusetzen, d. h. für Investitionen, welche via Spezialfinanzierungen finanziert werden, die jedoch via die Gebühren finanziert werden müssen. Der Gesetzgeber schreibt vor, dass die Wasser- und Abwasseranlagen über die Gebühren und nicht mittels Steuergeldern finanziert werden dürfen. Der Kanton setzt Mehrwertabgaben den Steuergeldern gleich.

In der Botschaft wurde der Weg aufgezeichnet, wie Mehrwertabgaben für Wasser- und Abwasseranlagen eingesetzt werden können. Dieser Schritt kommt dann zur Anwendung, wenn in der Spezialfinanzierung der Gebühren eine Unterdeckung vorliegt. Es muss somit sinnvoll sein, mit einer Einmalzahlung Steuergelder einzusetzen. Diese Einmalzahlung hat letztendlich das Parlament oder der Souverän (je nach Finanzkompetenz) zu beschliessen. Dieser Vorgang wird mit dem neuen Reglement inskünftig auch bei uns möglich sein. Der Gemeinderat ist grundsätzlich der Auffassung, dass die Mehrwertabschöpfungsgelder wie die Steuererträge zu behandeln sind.

Zum Thema „Finanzpolitik“ möchte ich noch erwähnen, dass der Gemeinderat keine besonderen Absichten verfolgt. Auf unsere Investitionen hat das neue Reglement keinen Einfluss. Es stellt sich nur die Frage, sollen die neuen Investitionen mit Mehrwertabgaben finanziert werden. Die finanzpolitischen Überlegungen sind dahingehend, dass der Gemeinderat gewillt ist, Mehrwerte wo sinnvoll abzuschöpfen sind. Der Gemeinderat will anschliessend über diese Mehrwerte verfügen und zweckbestimmend gemäss Reglement wieder einsetzen. Mit der Mehrwertabschöpfung wird keine einzige Investition beschlossen. Es ist meines Erachtens falsch, Investitionen zu tätigen, welche nur über den Mehrwert finanziert werden können.

Dem aufgezeigten Widerspruch des kantonalen Mustervertrags von Walter Bruderer möchte ich anfügen, dass ich diesen heute Abend nicht so spontan entkräften kann.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

Ich kann nur nochmals darauf aufmerksam machen, dass wir das vorliegende Geschäft zusammen mit dem Baujuristen eingehend geprüft haben. Ich habe keinen Grund, am vorliegenden Beschluss zu zweifeln. Dem Wunsch der SVP-Fraktion wurde nachgelebt, eine Umsetzung des Reglementes wurde transparent dargelegt. Aus diesem Grund bitte ich die Parlamentsmitglieder, den Rückweisungsantrag des FORUMS abzulehnen und das Geschäft zu genehmigen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich will in keiner Art und Weise die Mehrwertabschöpfung in Frage stellen. Das Reglement entspricht nicht den kantonalen Vorschriften. Als Finanzkommissionsmitglied ist es meine Aufgabe, das Parlament auf diesen Missstand aufmerksam zu machen. Der Artikel 142 BauG sieht vor, dass Wasserinvestitionen mit Mehrwertabgaben finanziert werden können. Ich bin überzeugt, dass die bernischen Gesetzessammlungen auch stimmen. Ich will das Geschäft nicht zurückweisen um des nichtwollens Willen sondern, dass der Gemeinderat das Geschäft mit dem Juristen nochmals sorgfältig prüft. Wieso gibt es im Arbeitsalltag immer wieder Rechtshändel? Ich konnte schon mehrmals innerhalb von gesetzlichen Regelungen Widersprüche feststellen. Meine Begründungen habe ich heute Abend dem Gemeindepräsidenten abgegeben. Die Angelegenheit sollte nicht nur mit dem Rechtsdienst, sondern ebenfalls mit der Finanzverwaltung überprüft werden.

Heinz Gfeller (FDP): Aus meinem Blickfeld geht es primär um eine Sache: Nämlich die Verwendung der Mehrwertabgaben auch für Spezialfinanzierungen. Dieser Sachverhalt wird im neuen Reglement unter Artikel 5 geregelt. Ich stelle in diesem Zusammenhang den folgenden **Änderungsantrag** :

Der Artikel 5 Absatz 2 ist wie folgt zu erweitern:

... beschlossener Ausgaben aus der Spezialfinanzierung entnimmt bzw. einlegt.

Regula Unteregger (SP): Ich möchte für den Juristen eine Lanze brechen. Es haben sich bereits so viele „Nichtjuristen“ gemeldet und über die Materie debattiert, dass ich beliebt machen möchte, dass der Kollege Fahrländer das vorliegende Reglement mit allen Mitteln der Kunst und bestem Wissens und Gewissen erarbeitet hat. Die Eingabe von Walter Bruderer betreffend Musterreglement ist hier schwer einzuordnen. In welchen Kontext gehört seine Aussage? Einen solch klaren Widerspruch kann ich mir nicht vorstellen. Die Gemeindebehörde kann dem Baujuristen durchaus vertrauen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): An einer Weiterbildungsveranstaltung der KPG (Kantonale Planungsgruppe Bern) konnte ich mich zu diesem Thema „Planungsmehrwerte als Finanzierungsinstrument“ ins Bild setzen. Ich möchte folgendes aus einem Foliensatz zitieren:

*Wie können Werke (Wasser/Abwasser) von Mehrwertabschöpfungen profitieren?
Rechtlich gesehen resultiert die Mehrwertabschöpfung aus einem Planungsvorgang*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

der Gemeinde und Einnahmen aus diesem Vorgang dienen der Finanzierung von Infrastrukturanlagen der Gemeinde im steuerfinanzierten Bereich. Für die Finanzierung der Kosten der Werke (Erschliessungen) ist die Mehrwertabschöpfung kaum geeignet. Dazu ist vielmehr mit den privaten Bauherren ein Erschliessungsvertrag abzuschliessen.

Ich möchte dem Parlament diesen Sachverhalt vor Augen führen. Die KPG befasst sich hauptsächlich mit rechtlichen Fragen seitens der Gemeinden. Mehrwertabschöpfungen sollten ganz klar für steuerfinanzierte Ausgaben verwendet werden. Mit dem neuen Reglement gibt es nun in einer bestimmten Situation diese Möglichkeit. Grundsätzlich sind die Mehrwertabgaben den Steuergeldern gleichgestellt.

Ratspräsident: Zur Botschaft liegen keine Voten mehr vor. Wir können die Detailberatung in Angriff nehmen.

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Ich haben den Artikel im kantonalen Mustervertrag gelesen. Dieser widerspricht der gemeinderätlichen Botschaft nicht. Die finanziellen Leistungen für Erschliessungsanlagen (Strasse, Wasser und Abwasser) nach Art. 109 BauG können vollständig dem Grundeigentümer auferlegt werden und nach der Fertigstellung mittels einem Erschliessungsvertrag zurückgenommen werden. Der gleiche Mechanismus funktioniert mit der Mehrwertabschöpfung, welche ebenfalls in einem Infrastruktur- oder Erschliessungsvertrag geregelt wird. Dieses Vorgehen wendet der Gemeinderat bereits an. Die Planungsmehrwerte können in die Spezialfinanzierung eingebunden werden.

Ratspräsident: Wir haben über den Rückweisungsantrag abzustimmen.

A b s t i m m u n g :

Der Rückweisungsantrag des FORUMS wird mit 28 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident: Wünscht der Rat eine artikelweise Debatte des vorliegenden Reglementes?

Heinz Gfeller (FDP): Ich möchte wissen, auf welchen Artikel sich die Aussage von Christoph Künti bezieht - ist dies der Artikel 4 a?

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Der hier erwähnte Grundsatz stimmt. Grundsätzlich sind für diese Investitionsvorhaben keine Steuergelder einzusetzen. Der Gemeinderat hält sich aber die Hintertür offen und kann mittels behördlichem Be-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

schluss des finanzkompetenten Organs, dieses benötigte Geld mittels Steuern zur Verfügung stellen.

Heinz Gfeller (FDP): Auf welchen Paragraphen beruft sich in diesem Fall der Gemeinderat?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich verstehe deine Frage nicht! Wir beziehen uns auf Artikel 142 BauG. Welches Problem liegt bei diesem Artikel vor?

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Heinz, es ist der Artikel 5 Absatz 1 des Reglementsentwurfs.

Heinz Gfeller (FDP): Ich ziehe meinen Änderungsantrag zurück.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das „Reglement über die Erhebung und Verwendung von Mehrwertabgaben“ wird genehmigt.
2. Der Entwurf der durch den Gemeinderat zu erlassenden „Verordnung über die Erhebung und Verwendung von Mehrwertabgaben“ wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Beschlussesziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

28 10.372 Motionen
10.2006 Öffentlicher Verkehr (öV)

Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere - Realisierung zusammen mit der Stadt Bern; Begründung

Wortlaut

Aus den Medien ist zu entnehmen, dass 850 Personen eine Petition zur abendlichen ÖV-Erschliessung der Quartiere „Tiefenmösli, Merzenacker und Robinsonweg“ an die Stadt Bern gerichtet haben. Die vom FORUM eingereichte, noch auf Realisierung wartende Petition, die seinerzeit von über 400 erwachsenen Ostermundiger/innen unterschrieben wurde, ergänzt die Berner Bittschrift auf zweckmässige Weise.

Nachdem die Gebiete längs Dennigkofenweg, Obere Zollgasse und Bachstrasse weder am Abend noch teilweise an Sonn- und Feiertagen mit öV erschlossen sind und nur Ostermundigen betreffende Vorstösse, entweder vom Parlament oder vom Gemeinderat abgelehnt worden sind, ist es nahe liegend, die alte Pendeuz jetzt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern zu beseitigen. Die Chancen, dies kostenbezogen optimal sowie rasch zu tun, sind besser denn je.

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern rasch eine zweckmässige, kostengünstige Lösung zu suchen, wie die Ostermundiger Südquartiere auch abends sowie sonn- und feiertags mit öV versorgt werden können.

Walter Bruderer (FORUM): Nicht ganz aus heiterem Himmel haben auch die Bernerbewohnerinnen und -bewohner der Ostquartiere mit einer Petition den ganztägigen öV wieder verlangt. Auch die Petition in Ostermundigen wartet noch immer auf die Verwirklichung. Zwar hat das Parlament 2007 unsere Abendtaxi-Motion an den Gemeinderat überwiesen; er betrachtet sie aber nur als unverbindliche Richtlinie.

Was die Kosten betrifft: Der Münsinger Sonntagsfahrplan gehört neu zum kantonalen Grundangebot. Bis jetzt hat der Gemeinderat oder die Parlamentsmehrheit die jährlichen Mehrkosten von rund Fr. 60'000.-- gescheut. Doch nachdem fürs Tram 130 Millionen (+/50 %) Franken Investitionen erwähnt sind, die den Aussenquartieren nicht viel bringen, möchten wir den Gemeinderat daran erinnern, dass die ÖV-Erschliessung zur Wohnqualität der ganzen Vorortsgemeinde gehört.

Jetzt muss der Gemeinderat die neue Chance unbedingt nutzen. Der Vorstoss verpflichtet den Gemeinderat nur, zusammen mit Bern eine kostengünstige Lösung zu suchen, die logischerweise möglichst rasch dem Parlament zu unterbreiten ist. Ich bitte um Überweisung des Vorstosses.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Grosse Gemeinderat hat am 15. Februar 2007 die überparteiliche Motion betreffend kostengünstiger Abendtaxi-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

dienst zwischen der Bernstrasse und Ostermundigen-Süd als Richtlinie überwiesen. Weiter ist am 10. März 2008 vom Quartierverein Robinsonweg/Merzenacker die Petition pro Abendbetrieb der Linie 28 eingereicht worden. Die Petition ist in Bern von 563 und in Ostermundigen von 287 Personen unterschrieben worden. Der Gemeinderat wird den Grossen Gemeinderat an der Sitzung vom 11. September 2008 darüber informieren, wie er das Anliegen der Petition bearbeitet.

Es sind somit bereits mehrere Aufträge überwiesen resp. eingereicht worden. Die Überweisung der aktuell vorliegenden Motion würde keine neuen Impulse geben, deshalb beantragt der Gemeinderat, die Motion ab zu lehnen.

Das bedeutet nicht, dass das Thema „Abendkurse auf der Linie 28“ nicht bearbeitet wird. Der Gemeinderat steht zur Zeit in Verhandlungen mit dem Kanton, der Stadt Bern und der Regionalen Verkehrskonferenz Bern-Mittelland (RVK4). Gemeinsam wird geklärt, ob und wenn ja, zu welchen Bedingungen, die Abendkurse auf der Linie 28 wieder eingeführt werden können. Bei allen Beteiligten ist eine gewisse Bereitschaft spürbar, das Anliegen erneut zu prüfen. Dank der Entwicklung im Raum Schermen/Mösli ist die Auslastung der Linie 28 zumindest tagsüber in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Diese erfreuliche Entwicklung erhöht die Akzeptanz von Abendkursen. Sobald das Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungen vorliegt, wird der Gemeinderat den Grossen Gemeinderat darüber informieren.

Walter Bruderer (FORUM): Aufgrund der Äusserungen des Gemeindepräsidenten hätte ich erwartet, dass der Gemeinderat die Motion annimmt und gleichzeitig abschreibt. Dies wäre vermutlich die richtige Handhabung für die gemeinderätliche Sachpolitik gewesen. Wir setzen uns seit Jahren für die Erschliessung der Aussenquartiere mit dem ÖV ein. Ich bin masslos vom Gemeinderat enttäuscht. Obwohl eine Petition der Stadt Bern und von 420 Bürgerinnen und Bürgern von Ostermundigen vorliegt, sagt der Gemeinderat: „Stop wir sind momentan am verhandeln.“

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion kann die vorliegende Motion nicht unterstützen. Nachdem was alles schon untersucht worden ist und wir bereits mehrmals über die Kostengünstigkeit Bescheid erhalten haben, finden wir die vorliegende Motion ein Stück weit eine Zwängerei.

Roger Schär (parteilos): Die SP-Fraktion setzt sich stets für den ÖV ein. Wir sind dafür, die Motion anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Rudolf Wiedmer (SP): Die Abendkurse stehen zur Diskussion. Wie sieht der Fahrplan am Sonntag aus? Am Sonntag fährt der Bus nicht. Doch auch am Sonntag möchte die Bevölkerung den Bus benutzen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich finde es von Vorteil, wenn die Petition im Raum steht und das zusammen mit dem Kanton geklärt wird. Weitere Varianten

ten sollten nicht noch aufgebunden werden. Die Einführung der Abendkurse auf der Linie 28 ist nicht kostengünstig und hängt von der Sichtweise des Kantons ab. Wenn der Abendkurs ins kantonale Angebot aufgenommen wird, kann mit tieferen Kosten kalkuliert werden. Die eingereichte Petition verlangt Abendkurse und keine Sonntagskurse. Diese Etappe wird jetzt bearbeitet.

Rahel Wagner (EVP): Die Motion ist so formuliert, dass der Gemeinderat beauftragt wird, eine zweckmässige und kostengünstige Lösung zu suchen. Was heisst das - prüft er eine Lösung oder wollen wir eine Lösung? Ein Unterschied ist zweifellos vorhanden. Die Motion entgegen nehmen und gleichzeitig abschreiben ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Hier sollte es sich um einen Auftrag handeln.

Walter Bruderer (FORUM): Ich gehe davon aus, dass die Petitionäre von Bern und Ostermundigen ganztägige Kurse wollen. Bernmobil hatte fünf verschiedene Varianten aufgezeigt. Heute soll eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden. Die Linie 28 endet nicht im Tiefenmösli. Beide Petitionen sind heute in keiner Art und Weise erfüllt worden. Der GGR hat den Gemeinderat zu beauftragen, eine verbindliche Lösungsvariante vorzustellen. Eine Tramlösung kostet rund 130 Mio. Franken und wird frühestens im Jahre 2014 realisiert. Was geschieht aber in den nächsten fünf Jahren? Die Buslinie ist mit einem ganztägigen ÖV sicher zu stellen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt der Motion zu. Die Petitionäre sind vom Parlament ernst zu nehmen. Momentan passiert nichts, der Gemeinderat muss beim GGR einen entsprechenden Kredit beantragen. Erst dann haben wir über das Geschäft endgültig zu entscheiden. Heute soll der Gemeinderat lediglich zum Handeln beauftragt werden.

Norbert Riesen (SP): Zur Sachlage: Eine Motion beauftragt den Gemeinderat etwas zu prüfen. Der Auftrag lautet, mit der Stadt Bern zu verhandeln. Das Ziel ist definiert, es soll eine Lösung gefunden werden. Der Gemeinderat sagt: Suchen und verhandeln mit der Stadt Bern und möglichen Betreibenden. Ich verstehe nicht, wieso der Gemeinderat diese Motion ablehnen will. Ich gehe davon aus, dass zwischen „Motion annehmen“ und „Motion annehmen und gleichzeitig abschreiben“ kein grosser Unterschied besteht. Fakt ist, dass der Gemeinderat die Verhandlungen zu führen hat. Der GGR hat dafür ein klares Zeichen zu setzen und ich bitte den Rat, die Motion nicht abzulehnen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

Ratspräsident: Aus dem Plenum liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 28 zu 6 Stimmen denn folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere - Realisierung zusammen mit der Stadt Bern wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

29 10.372 Motionen
 10.1749 einmalige Anlässe

Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine konkrete Bewerbung beim Ansprechpartner Schweizer Fernsehen SF1 zur Realisierung eines Anlasses „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen zu vollziehen. Und bei Erhalt von Zustimmung die hierfür administrativ wie auch organisatorisch notwendigen Belange umzusetzen, bzw. gegebenenfalls zu delegieren.

Begründung

Seit Jahren werden die äusserst beliebten Anlässe während den Sommermonaten turnusgemäss in zahlreichen Gemeinden durchgeführt. Unter aktiven Mitbeteiligungen der Ortsbevölkerung. Sowie mittels Direktübertragungen durch SF1, belegbar mit hohen Einschaltquoten. Folglich optimalste Voraussetzungen zu lukrativen Anreizen für unsere Bevölkerung und zur Veröffentlichung von präsentem Standortmarketing.

Die durch den massgebenden Ansprechpartner abverlangten Grundbedingungen präsentieren sich in Anbetracht von unseren vorhandenen Infrastrukturen als problemlos erfüllbar. Mit der Einbindung von zweifelsfrei interessierten Sponsoren sind zudem kaum wesentliche Kosten zu Lasten unserer Gemeinderechnung zu befürchten.

Roger Hubschmid (FDP): Warum nicht einmal etwas anderes? Warum nicht in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Fernsehen (SF1) einen beliebten Event aus Ostermundigen senden? Mit einfachen Mitteln kann Propaganda für Ostermundigen gemacht werden. Die Infrastrukturen sind vorhanden. In Zusammenarbeit mit der Spezialfinanzierung könnten auch die notwendigen Sponsoren gefunden werden und zulasten der Gemeinde Ostermundigen entstehen nur geringe Kosten. Ich bitte den Rat, die Motion anzunehmen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat ist von der Idee nicht begeistert. An die Ortsbewerbungen werden von SF1 die folgenden Auflagen gemacht:

1. Bewerben können sich Gemeinden und Verkehrsvereine, jedoch keine Privat- oder Einzelpersonen.
2. Die Gemeinden verfügen über einen passenden, grossen Dorfplatz (idyllische Umgebung), auf welchem die Sendung „Donnschtig-Jass“ produziert werden könnte.

3. Die Gemeinden bewerben sich zusammen mit einer nahegelegenen „Konkurrenz“-Gemeinde (Grund: der Austragungsort wird jeweils durch das Jass-Turnier eine Woche vor der nächsten Sendung ermittelt; so können sich Nachbar-Gemeinden logistische Aufwände und Kosten teilen und gemeinsam planen).
4. Es muss die Möglichkeit bestehen, für den Grossanlass während mindestens drei Tagen entsprechend tangierte Strassen zu sperren.
5. Der Zeitpunkt der Sendung darf mit keinen weiteren Grossanlässen (Sport, Chilbi, Markt) konkurrieren.
6. Die Teilnahme an einem der Donnerstage im Juli oder August 2008 ist möglich.
7. Das Dorf bietet attraktive Porträtmöglichkeiten (Spezialitäten, Gebäude, Bräuche, Ortsbilder, Menschen).

Entgegen der Begründung der Motionäre erachtet der Gemeinderat die Hürden zur Durchführung eines solchen Anlasses in Ostermundigen als sehr hoch. Wegen fehlender Ressourcen könnte die Verwaltung einen solchen Grossanlass nicht selbst organisieren. Es müsste ein privates Organisationskomitee eingesetzt werden. Die Erfahrungen zeigen aber, dass Freiwilligenarbeit nicht eben geschätzt und es sehr schwierig ist, HelferInnen für die Durchführung von Anlässen zu finden. Ostermundigen ist auch nicht ohne weiteres in der Lage, den gewünschten „idyllischen“ Dorfplatz zur Verfügung zu stellen. Bei uns käme der Schulhausplatz Bernstrasse, vielleicht die Parkanlage, der Parkplatz des Zivilschutzzentrums oder allenfalls der Steinbruch (ehemaliges Tanklager) in Frage.

Die Gemeinde Grosshöchstetten hat sich bereits zweimal an diesem Anlass beteiligt. Einmal als Konkurrenzgemeinde und einmal als organisierende Gemeinde. Eine entsprechende Rückfrage beim OK-Präsidenten hat folgendes Fazit ergeben:

- Der Anlass ist mit einem sehr hohen Organisationsaufwand verbunden. Speziell in den letzten 5 Tagen, an denen erst sicher ist, in welcher Gemeinde der Anlass denn auch tatsächlich statt findet (entscheidet sich beim Jassturnier). Die Gemeinde hat für ein geeignetes Rahmenprogramm zu sorgen und den Jasskönig zu ermitteln. In der Gemeinde Grosshöchstetten war dies ein Auftritt von Francine Jordi, die dann nicht zum Zuge kam, weil der Anlass nicht in Grosshöchstetten durchgeführt wurde, sondern in der Konkurrenzgemeinde. Grosshöchstetten ist dies übrigens beide Male passiert, was für die Organisatoren sehr frustrierend war.
- SF1 entscheidet in allen Fällen. Die Organisatoren haben keine Mitsprache; sie haben lediglich die Wünsche des Fernsehens zu erfüllen.
- Die zweifellos notwendige Festwirtschaft stellt einen sehr hohen Organisationsaufwand dar und setzt eine professionelle Logistik voraus. Es ist davon auszugehen, dass eine Agglomerationsgemeinde der Stadt Bern in der Grössenordnung ca. 2'000 bis 3'000 Personen für einen solchen Anlass anzieht und diese Anzahl Personen muss innert einer Stunde zumindest zweimal serviert werden können.

Dies bedingt einen Festwirtschaftsaufwand von ca. 100 Personen.

Die Gemeinde Bolligen hat sich bereits im Jahr 2002 für den Donnschtig-Jass angemeldet. Der Festplatz (Reberhaus) wurde von SF1 im Jahr 2005 abgenommen und bis heute ist sie als Durchführungsort noch nie zum Zuge gekommen.

Schliesslich bezweifelt der Gemeinderat den nachhaltigen Imagegewinn für die Gemeinde. Dies zum einen, weil bis eine Woche vor dem Austragungstermin nicht bekannt ist, wo der Anlass nun tatsächlich statt findet und zum anderen handelt es sich um eine Stunde Sendezeit im SF1, die zwar ein grosses Publikum anspricht, aber Ostermundigen sicher keinen nachhaltigen Imagegewinn bringt.

Regula Unteregger (SP): Die SP-Fraktion kann für diesen Event eingespannt werden. Wir sind eine Gemeinde von 16'000 Einwohnenden. Dem Votum des Gemeindepräsidenten ist zu vernehmen, dass wir absolut nicht in der Lage sind, einen solchen Event durchzuführen. Der Arbeitsaufwand ist unbestritten. Doch primär geht es den Motionären darum, eine Bewerbung beim SF einzureichen. Es darf jedoch nicht nur der Aufwand gerechnet werden, wir müssen auch die Chance für Ostermundigen ins Blickfeld nehmen. Jassen ist nach wie vor ein populäres Spiel in der Schweiz.

Mit 2'000 bis 3'000 Zuschauenden wird in Ostermundigen ein grosses Fest durchgeführt. Wir sollten einmal Mut beweisen und diese Motion annehmen.

Synes Ernst (CVP): Die Hälfte unserer Fraktion unterstützt dieses Fest. Jetzt wo auf der Bernstrasse keine Bäume zu stehen kommen, wäre genügend Platz für die Durchführung eines solchen Events vorhanden. Das Fernsehen entscheidet letztendlich über den Festplatz, wir müssen lediglich das Bewerbungsdossier einreichen.

Nachdem die SP Frau Ursula Andress nach Ostermundigen brachte und daraus ein Fest machte, kann die FDP jetzt Frau Monika Fasnacht in unsere Gemeinde holen. Ich kann den Rat trösten: Den Papst bringt die CVP-Fraktion erst dann nach Ostermundigen, wenn wir den Gemeindepräsidenten stellen.

Aliki Maria Panayides (SVP): Die SVP-Fraktion ist nicht gegen das Jassen. Der Gemeindepräsident hat den Aufwand dargelegt. Diesen Event hat die Gemeinde Ostermundigen nicht in ihren eigenen Händen, wir liefern uns dem SF aus. Wir können ebenfalls nicht dauernd ein OK auf „Stand-by“ halten und kommen letztendlich nicht zum Zuge. Wir können Events organisieren, welche in unserer Macht stehen, wie Ursula Andress, Musiktag etc.. Hier können wir unsere Hilfskräfte investieren. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab.

Marco Mantarro (FORUM): Das FORUM unterstützt die Motion und engagiert sich für diesen Event. Wir müssen einmal etwas wagen, um auch einmal etwas zu gewinnen.

Bruno Schröter (EVP): Der Vorstoss tönt in seiner Grundidee gut und ist mit Bestimmtheit auch eine gute Sache. Auch ich bin nicht gegen das Jassen. Erst vor kurzer Zeit wurde vom Bundesamt für Sport die Aktion „Schweiz bewegt“ lanciert. Sämtliche Fraktionen wurden zum Mitmachen aufgerufen. Fazit: Eine einzige Fraktion und kein einziger Verein wollten mitmachen. Wo seid ihr da gewesen?

Heinz Gfeller (FDP): Der Vorschlag der Motionäre ist zweifellos mit Risiko behaftet. Hier handelt es sich auch um ein Unternehmen. Wir entscheiden über ein Eventangebot. Was passiert, wenn die Gemeinde Ostermundigen dann letztendlich nicht berücksichtigt wird? Ich stelle mich hinter die Motion.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Alternativen, wenn die Gemeinde letztendlich den Donnschtig-Jass nicht durchführen kann, gibt es nicht. Wenn das Fernsehen in der Konkurrenzgemeinde ist, kann kein anderer Anlass durchgeführt werden. Wenn wir einen Event starten, sollte dieser in unserer Hand liegen und dann auch tatsächlich stattfinden. Es gibt andere Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Bewerbung für einen Tour-de-Suisse-Etappenort. Ein wesentlicher Vorteil ist, dass wir diesen Event im Griff haben und bestimmen können, wann und wo er stattzufinden hat.

Ratspräsident: Stichwort „Tour-de-Suisse“: Einen solchen Event zu organisieren, bedingt ein x-faches Mehr als die Durchführung eines Donnschtig-Jasses. Da sind andere Dimensionen gefragt.

Aus der Ratsmitte liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 10 Stimmen denn folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

30 10.374 Interpellationen
50.299 Integration

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Flüchtlinge bzw. Immigranten in Ostermundigen; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Über die Zusammenhänge auf dem Flüchtlings- und Immigranten-Gebiet fehlen uns verschiedene und vor allem verbindliche Informationen. Im Zusammenhang mit dem Geschäft „ZiO“ (Parlamentssitzung 13.03.08) hatten wir uns über die nachfolgenden Zusammenhänge unterhalten.

Fragen

1. *Wie kamen in Ostermundigen wohnende Flüchtlinge und Immigranten, die beispielsweise in Chiasso oder im Flughafen Zürich erstmals Schweizer Boden betraten, auf die Idee, den Weg ausgerechnet nach Ostermundigen zu suchen, um in diesem städtischen Vorort die geeignete Wohnung und sinnvolle Arbeit zu finden? Wurden/Werden der Gemeinde Auflagen betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen bzw. Immigranten (Anzahl, Herkunft, Familie, Alter, Sprache, Religion usw.) gemacht?*
2. *Welchen Ausländerprozentanteil an der Gesamtbevölkerung halten schweizerische Behörden (z. B. Bundesrat, Regierungsrat) für die Schweiz, für die Region Bern und aus Sicht des Gemeinderates (aus welchen Gründen) für Ostermundigen als zumutbar, erwünscht bzw. unerwünscht?*
3. *Welche Direktiven werden den Flüchtlingen bzw. Immigranten von den Einwanderungsbehörden (z. B. an der Grenze) oder erst später, z. B. am Wohnort, für den Aufenthalt in der Schweiz vermittelt betreffend*
 - *ihrer Anmeldung bei der Einwohnerkontrolle?*
 - *dem Weg in eine unbekannte Gemeinde und ggf. in ein fremdes Sprachgebiet?*
 - *das Zurechtfinden und die Art des Lebens in der Schweiz?*
 - *das in der Schweiz benötigte Geld für Reise, Bekleidung, Kost und Logis?*
4. *Welche Informationen erhalten die Flüchtlinge bzw. Immigranten wie, wann, wo und durch wen (Eidgenossenschaft, Kanton, Gemeinde Ostermundigen) betreffend*
 - *Wohnen, Arbeiten, Ausbildung*
 - *Gesundheitspflege, Krankenkasse, ärztliche Versorgung, Notfälle, Hilfe*
 - *Gesetze und Verordnung betr. Pflichten, Rechte, Verhalten, Drogen, Alkohol, problemloses Zusammenleben, Immissionen, Polizei, Feuerwehr usw.*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

- *Erwartungen der schweizerischen Bevölkerung an die Immigranten einheimische Usancen betr. Gesellschaft, Frauen, Kinder, Eigentum, Vereine, Institutionen, Religionen, Kirche, Bekleidung, Problemlösungswege usw.*
- *Verpflichtungen (Sprache zu lernen, Integration, Schule, Arbeit, Steuern, Entsorgen, Ordnung, Hygiene, Wasser/Abwasser usw.)*
- *USW.*

Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP): Bei der Beantwortung der Fragen ist zu unterscheiden zwischen Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen sowie allen übrigen ImmigrantInnen, da jeweils verschiedene gesetzliche Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Antwort zu Frage 1:

Asylsuchende/Flüchtlinge: Die rechtliche Grundlage bildet das Asylgesetz. Personen, welche bei der Einreise in die Schweiz ein Asylgesuch stellen, werden direkt einem der Empfangszentren des Bundes zugewiesen. Dort finden erste Befragungen, aber auch erste Informationen über die Schweiz als Gastland statt. Aufgrund der Befragungen wird entschieden, ob auf ein Asylgesuch überhaupt eingetreten wird. Wenn nein werden die Personen wieder ausgeschafft, wenn ja werden sie aufgrund eines auf der Zahl der Kantonsbevölkerung basierenden Schlüssels gleichmässig auf die 26 Kantone verteilt (Kanton Bern: 13,5 %). Im Kanton Bern kommen diese Personen anschliessend in ein kantonales Durchgangszentrum. Seit dem 1. Januar 2008 hat Ostermündigen kein Durchgangszentrum mehr. In der Regel bleiben die Personen heute in den Durchgangszentren, bis ein Entscheid des Bundesamtes für Migration vorliegt. Der Entscheid ist entweder Ablehnung des Antrages, die Anerkennung als Flüchtling oder die vorläufige Aufnahme. Anerkannte Flüchtlinge (B-Ausweis) sowie Personen, welche eine vorläufige Aufnahme (F-Ausweis) erhalten, werden in der Regel von den Durchgangszentren auf die Gemeinden verteilt. Gemäss Art. 56, Abs. 1 des Sozialhilfegesetzes ist für die Zuweisung an die Gemeinden der Kanton zuständig. Die Verteilung erfolgt nach einem bevölkerungsproportionalen Schlüssel.

Übrige ImmigratInnen: Bei dieser grossen Bevölkerungsgruppe gelten die bundesgesetzlichen Bestimmungen über die Einreise und Wohnsitznahme in der Schweiz, abhängig von Herkunft, Familiensituation und Vorweisen einer Arbeitsstelle. Wenn jemand über gültige Aufenthaltspapiere verfügt und einen Mietvertrag vorweist, hat die Gemeinde in der Regel keine rechtliche Möglichkeit, die Wohnsitznahme zu verweigern. Selbstredend nehmen diese Personen entsprechend ihrem Einreisegrund üblicherweise in der Nähe ihres Arbeitsortes Wohnsitz.

Für Personen aus EU-Staaten und solche mit einer Niederlassungsbewilligung gilt ausserdem das verfassungsmässige Grundrecht der Niederlassungsfreiheit. Es ist folgerichtig ihre Sache, zu entscheiden, wo sie leben wollen.

Antwort zu Frage 2:

Der Gemeinderat kann nicht für Bundesrat und Regierungsrat sprechen. Entsprechende Fragen sind an die zuständigen Stellen zu richten. Der Gemeinderat ist in Bezug auf Ostermundigen der Ansicht, dass nicht die Prozentfrage des Ausländeranteils entscheidend ist für das Zusammenleben von SchweizerbürgerInnen und ausländischen Staatsangehörigen, sondern vielmehr die Qualität der Integration und des gegenseitigen Respekts im Vordergrund steht. Mit dem Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen (ZIO)“ unternimmt die Gemeinde weitere Anstrengungen, das gute Zusammenleben zu fördern.

Antworten zu Fragen 3 und 4:

ImmigrantInnen, welche nicht über das Asylverfahren in die Schweiz einwandern, werden ausser den fremdenpolizeilichen Auflagen zum Erhalt, bzw. zur Verlängerung, der Aufenthaltsbewilligung keine weiteren Direktiven erteilt. Dafür gibt es auch keine rechtlichen Grundlagen.

Asylsuchende werden bereits in den Empfangszentren über ihre Rechte und Pflichten sowie die wichtigsten Gepflogenheiten informiert. Diese Informationen werden anschliessend in den Durchgangszentren vertieft. Im Falle eines positiven Asylentscheids (Anerkennung als Flüchtling oder vorläufig Aufgenommene) werden die Integrationsbemühungen anschliessend intensiviert:

Anerkannte Flüchtlinge werden während fünf Jahren ab Einreisedatum durch eines der vier grossen Hilfswerke begleitet und betreut. Diese haben vom Bund einen klar definierten und finanziell auch abgegoltenen Integrationsauftrag. Mit dem Inkrafttreten des revidierten Asylgesetzes per 1. Januar 2008 steht neu auch bei vorläufig aufgenommenen Personen der Integrationsauftrag im Zentrum. Dieser wird in den ersten sieben Jahren ab Einreisedatum durch die regionale, sogenannte „Professionelle Asylkoordination Gemeinden (PAG)“ wahrgenommen. Ein grosser Teil dieser PAGs im Kanton Bern wird durch die Flüchtlingshilfe der Heilsarmee geführt. Auch hierfür stellt der Bund via Kanton entsprechende finanzielle Mittel für maximal sieben Jahre zur Verfügung. Daher sind Asylsuchende und Flüchtlinge im Prinzip relativ gut über die wichtigsten Gepflogenheiten in der Schweiz informiert. Der Integrationsprozess ist jedoch oft ein sehr komplexer, langer und langwieriger Prozess.

Andere ImmigrantInnen - und dies ist die grosse Mehrzahl der ausländischen Wohnbevölkerung - geniessen keine besonderen Integrationsbemühungen, es sei denn, sie würden durch eine freiwillige Beratungsstelle unterstützt. Sind sie auf Sozialhilfe angewiesen, übernimmt in diesen Fällen selbstverständlich der Sozialdienst den gesetzlichen Integrationsauftrag im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten. Dabei steht die berufliche Integration in den meisten Fällen im Vordergrund. Am Schalter der Einwohnerkontrolle erhalten diese Personen ausserdem die gleichen, üblichen Informationen über die Gemeinde, wie alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin mit den Antworten zufrieden; besten Dank.

Verwaltungsbericht 2007; Genehmigung

Ratspräsident: Wir werden zuerst über die Botschaft und anschliessend kapitelweise über den Verwaltungsbericht debattieren. Über Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 23 der GO des GGR hat der Rat sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stellt sich hinter den vorliegenden Verwaltungsbericht und stimmt diesem zu. Wir danken den Verfassenden für die erfreuliche Abfassung sowie sämtlichen Gemeindeangestellten für die geleistete Arbeit im letzten Jahr.

Ich möchte mich noch zum politischen Umgang in unserer Gemeinde kurz äussern. Die Tonlage resp. Voten hier im Ratssaal haben in letzter Zeit stark an Niveau verloren. Der Gemeinderat ist eine Kollegialbehörde. Mich stimmt es traurig, wenn ich vernehmen muss, dass Gemeinderatsmitglieder bei gefassten Beschlüssen gegen andere Gemeinderatsmitglieder votieren. Dieses Verhalten bringt die Gemeinde Ostermundigen wie auch die Kollegialbehörde in keinem Schritt weiter. Neun Gemeinderäte beschliessen in einer Sache und neun Gemeinderäte haben letztendlich den gefassten Beschluss zu tragen. Hier wären ein paar Gedanken seitens des Gemeinderates sicherlich angebracht.

Zur Verwaltung: Ich bin mit ihr mehrheitlich sehr zufrieden. Was mir aufgefallen ist, dass wenn der GGR zu bestimmten Geschäften Auskünfte verlangt, er die gewünschten Auskünfte nicht erhält. Wir Parlamentsmitglieder haben das Recht, mittels politische Vorstösse gewisse Fragen an den Gemeinderat resp. Verwaltung einzubringen.

Zum GGR: Ich hoffe, wir werden wieder eine Behörde, welche es lustig und spassig miteinander hat.

Beat Leumann (FDP): Der Verwaltungsbericht ist eine gute Lektüre für Neueinsteiger wie ich einer bin. Ich konnte mich ohne grossen Zeitaufwand über die wichtigsten Geschäfte der Gemeinde Ostermundigen orientieren. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Verwaltungsbericht 2007. Das Layout gleicht einem Regenbogen.

Der FDP-Fraktion ist aufgefallen, dass bei der Beschlusseziffer 2 c) das überparteiliche Postulat vom 27. Oktober 2005 betreffend Voranschlag 2006 nicht abgeschrieben werden muss. Hier handelt es sich um einen verbindlichen Dauerauftrag. Mit einer Abschreibung können wir leben, zumal die Anforderungen des Postulates bis heute erfüllt worden sind. Der Gemeinderat hat signalisiert, dass er auch zukünftig im Sinne der Postulanten agieren wird.

Gerhard Zaugg (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Verwaltungsbericht 2007 sowie der Abschreibung der aufgeführten politischen Vorstösse ebenfalls zu. Der Verwaltungsbericht gibt ein umfassendes Bild der Arbeiten seitens der Behörde und der Verwaltung ab. Dafür möchten wir uns bedanken. Zwei Sachen erscheinen uns besonders erwähnenswert:

- ☺ Wir anerkennen, dass der Gemeinderat sich bemüht, die von der SVP-Fraktion geforderten Massnahmen gegen den Vandalismus an die Hand zu nehmen. Gewisse Erfolge haben sich bereits eingestellt.
- ☹ Die Bevölkerungsentwicklung stimmt uns nachdenklich und hat sich im Verwaltungsbericht deutlich bemerkbar gemacht. In der Altersstruktur hat in den letzten 25 Jahren eine deutliche Verschiebung von jüngeren zu älteren Menschen stattgefunden. Im gleichen Zeitraum hat sich der Ausländeranteil in Ostermündigen fast verdoppelt. Dies muss Konsequenzen bei der politischen Arbeit haben. Der Gemeinderat ist stark gefordert.

Ratspräsident: Zur Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir die Detailberatung kapitelweise vornehmen.

- Seiten 16 und 17 (Grosser Gemeinderat) - 30. Bau der Hochzone Rüti

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank für den sehr informativen Verwaltungsbericht. Dieser sollte Pflichtlektüre für alle Neuzuziehenden sein und für die, welche in der Staatskunde noch Informationen benötigen.

Am 10. Mai 2007 ist im Parlament die Hochzone Rüti beschlossen worden. Ich habe bei dieser Gelegenheit den Wunsch geäussert, man solle die einmalige Chance packen, um auch den grossen Spielplatz auf dem Gemeindeland ans Wasser-/Abwassernetz anzuschliessen. Im Moment werden die neuen Wasserleitungen bis in die Nähe des Spielplatzes gebaut. Wird jetzt der Spielplatz angeschlossen?

Pro memoria: Es handelt sich um ein sehr altes Postulat des Quartierleists.

- Seite 32 (Motionen und Postulate) - 3.5 Volksmotion betreffend Wildwuchs von Natelantennen

Warum hat das Hochbauamt das im Baureglement (Art. 42) erwähnte und in der Volksmotion ausdrücklich verlangte Antennen-Reglement bis jetzt noch nicht erstellen können?

Hat das Hochbauamt die Bewilligung für den Bau der Antenne auf dem BKW-Gebäude seinerzeit vorbehaltlos erteilt, d. h. ohne eine Haftungsgarantie betreffend allfällige gesundheitliche Personenschäden zu verlangen? In Gebieten, in denen die

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

Strahlungs-Anlagegrenzwerte überschritten werden, dürfen sich - so vom Gesetzgeber verordnet - weder Schulen, noch Wohnungen und Spitäler befinden.

Zum Antennenstandort Poststrasse: Gemäss Baupublikation vom Dezember 2006 hätte die bisherige Antenne an der Poststrasse 25 durch eine neue an der Poststrasse 6 ersetzt werden sollen. Jetzt stehen beide. Nach Meinung eines Swisscom-Mitarbeiters besteht möglicherweise heute keine Absicht mehr, die bisherige Antenne zu entfernen. Könnte man Baupublikationen ohne Neupublikation im Nachhinein abändern?

- Seite 36 (Motionen und Postulate) - 4.4 SVP-Postulat betreffend Verkehrskonzept

Beabsichtigt der Gemeinderat den für ganz Ostermundigen wichtigen Richtplan „Wankdorf“ zu unterzeichnen, ohne dessen Planung im GGR zu behandeln? Die vorgesehene Verkehrsdosierung auf der Höhe ALDI wäre total deplaziert. Sie wird - wie der Gemeinderat selber festgestellt hat - der Bernstrasse noch mehr Verkehr bringen. Die Dosierung ist vermutlich primär nötig wegen des äusserst fragwürdigen Doppelstock-Kreisels an der Wankdorfkreuzung.

- Seite 36 (Motionen und Postulate) - 4.5 Postulat betreffend Voranschlag 2006 ff.

Schreibt doch das Postulat ab. Der ganze Gemeinderat scheint davon überzeugt zu sein, die Anforderungen des Postulates seien bestens erfüllt. Hat sich die Finanzkommission auch einmal übers Ziel vom Postulat und die Möglichkeiten zu seiner Umsetzung unterhalten?

Offensichtlich stuft es der Gemeinderat weiterhin als äusserst wertvoll ein, wenn:

- alle Budgets im Finanzplan 2008 - 2012 mit negativem Ergebnis abschliessen;
- die Eigenfinanzierung der Investitionen fast dauernd weit unter 100 % liegt;
- keine Rückstellungen „Werterhalt“ in den Spezialfinanzierung „Wasser und Abwasser“ mehr vorhanden sind;
- es bei der Spezialfinanzierung „Feuerwehr“ ab 2010 kein Eigenkapital mehr gibt
- und von der in Aussicht gestellten Steuerreduktion nicht mehr die Rede ist.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Ich hoffe, ich habe alle Fragen aufnehmen können.

① Spielplatz Rüti

Wir sind fleissig in der Bearbeitung. Mit dem Präsidenten der AGR Rüti sind wir in Kontakt getreten und zusammen mit den Gemeindebetrieben suchen wir nach einem Wasseranschluss.

① Ausstehendes Antennenreglement

Die kantonalen Vorgaben sind vorhanden und gelangen auch in Ostermündigen zur Anwendung. Eine kommunale Regelung scheint momentan nicht notwendig zu sein.

① Rückbau resp. Genehmigung von Antennen

Die Genehmigungen werden nach den gesetzlichen Vorgaben erteilt. Wenn die Antennen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, dürfen wir die Baubewilligung nicht verhindern. Die erste Antenne wurde im hinteren Teil der Poststrasse erstellt. Diese muss demontiert werden (seinerzeitige Auflage in der Baubewilligung).

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Zum Thema „Verkehrskonzept“ kann ich anführen, dass im Zusammenhang mit den momentan zu erstellenden „Leitlinien der Siedlungsentwicklung“ auch eine Überarbeitung des Verkehrskonzepts geprüft wird.

Betreffend „Richtplan Wankdorf“ ist zu erwähnen, dass der Gemeinderat primär auf die Öffnung des Schermenwegs drängt. Mit der Unterzeichnung durch den Gemeinderat soll diesbezüglich eine verbindliche Lösung der Kreuzung Bolligenstrasse/Schermenweg auf den Tisch zu liegen kommen. Die Unterzeichnung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP): Zum Postulat betreffend Voranschlag 2006 möchte ich anfügen, dass der Postulatstext nur aus einem Satz besteht. Wir kommen diesem Auftrag fortlaufend nach. Seit sieben Jahren können wir einen positiven Rechnungsabschluss zur Kenntnis nehmen.

In der Finanzkommissionsdebatte können wir über dieses Thema ausführlich beraten. Als Finanzkommissionsmitglied kannst du, Walter, einen ausdrücklichen Antrag stellen.

Ratspräsident: Wir haben eine Menge Fragen vorliegend. Ich möchte darauf hinweisen, dass Rahel Wagner in vorbildlicher Weise die Fragen der EVP-Fraktion zur Rechnung 2007 vorgängig bei den Abteilungen resp. der Geschäftsprüfungskommission eingereicht hat und sich die Departementsvorstehenden bereits vorgängig die notwendigen Informationen besorgen konnten. Dieses Vorgehen würde unsere Ratsarbeit wesentlich erleichtern.

➤ Seite 52 (Präsidiales) - 10.3 BernMobil Linie 28 Eigerplatz - Wyler

Rudolf Wiedmer (SP): Die Zahlen stimmen nur, wenn diese pro Tag sind. Viermal pro Stunde wird gefahren und 320 Personen sind ausgestiegen und 600 Personen eingestiegen von der Emmi ins Tiefenmösli und umgekehrt (380 ein- und 550 ausstiege). Diese Zahlen ergeben sich nicht pro Jahr, sondern vielmehr pro Tag.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Zahlen sind „pro Werktag“ zu verstehen (→ siehe auch vorgängiges Kapitel).

➤ Seite 35 (Motionen und Postulate) - 3.10 Schaffung von Attestlehrstellen

Marianne Neuenschwander (SP): Im Anschluss an die Überweisung der Motion wurde in den Verwaltungsabteilungen eine Umfrage durchgeführt. Zwei Abteilungen haben sich bereit erklärt, eine solche Attestlehrstelle anzubieten, wobei sich die eine Abteilung dies nur im Austausch gegenüber einem Ausbildungsplatz „Kauf-frau/Kaufmann“ vorstellen kann und eine Abteilung nur dann, wenn zusätzliche räumliche und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Wie weit fortgeschritten sind diese Abklärungen? Nach den Sommer- resp. Herbstferien werden diese Stellen wieder ausgeschrieben. Der Auftrag lautet, bis im Sommer 2009 mindestens zwei solche Attestlehrstellen anzubieten.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat ist gewillt, im Sommer 2009 die beiden Attestlehrstellen einzuführen.

➤ Seite 62 (Kindergarten) - 17.1 Zusammensetzung der Klassen

Renate Bolliger (EVP): Seit Jahren können wir nachlesen, dass über 50 % der Kinder fremdsprachig sind und deshalb mit Förderunterricht unterstützt werden. Die Sprachförderung sollte nicht erst im Kindergarten beginnen. Studien haben ergeben, dass mit der Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr begonnen werden sollte. Die Sprache stellt ein wichtiges Instrument zur Integration dar. Aus diesem Grund hat der Elternverein ein „MuKi-Deutsch“ ins Leben gerufen - mit beträchtlichem Erfolg.

Ich bin nicht für den obligaten Deutschunterricht für Kleinkinder wie er in Basel lanciert wird. Das Angebot von MuKi-Deutsch sollte jedoch erweitert werden. Dies kann nicht mehr die Sache eines Vereins sein, sondern sollte von den Behörden in Gang gesetzt werden.

➤ Seite 81 (Liegenschaftsunterhalt) - 28.4 Kindergärten

Christian Zeyer (SP): *Im Kindergarten an der Nobsstrasse musste das 36-jährige Flachdach gemäss Unterhaltskonzept wegen zunehmender Undichtigkeit saniert werden. Als Dachhaut wurde ein Produkt gewählt, bei dem eine Dachbekiesung nicht mehr nötig ist. Die Dachisolation konnte des guten Zustandes wegen belassen werden... Der Energiepreis 1976 war rund 20 Dollar/Fass und neuster Stand 133 Dollar/Fass resp. Faktor sechs höher. 1976 kannten wir noch kein Energiegesetz in der Schweiz. Vorschriften über die Ausführung von Isolationen sowie Wirtschaftlichkeitsberechnungen über die Isolationen existierten noch nicht.*

Ich gehe nicht davon aus, dass die Gemeinde Ostermundigen damals so fortschrittlich gebaut hat, dass die Isolation wegen dem guten Zustand belassen werden kann. Doch es kann sein, dass die untere Schicht belassen und eine neue Isolationsschicht darüber gelegt wurde. Gut, wenn dies so geschehen ist, ansonsten wurde die letztjährige Motion betreffend „Ostermundigen baut energiegerecht,“ nicht verstanden.

Wenn ein Bauteil in die Hände genommen wird, so entsteht der beste Zeitpunkt, um etwas für die Energie zu tun. Ansonsten ist dieser für die nächsten 30 Jahre verpasst. Aus ökonomischen Gründen sollte dieses Dach in den nächsten 30 Jahren zu keinen Beanstandungen mehr führen. Damit die Motion auch in Zukunft beachtet und umgesetzt wird, werden wir eine Interpellation zum Thema „Verwaltungszentrum“ einreichen. Auch hier werden Energiefragen gestellt.

- Seite 89 (Planungen im Projektierungsstadium) - 31.3 Bernstrasse Bereich Dreieckanlage

Roland Rüfli (FORUM): Trams können sich infolge Betriebsstörungen oder höherer Gewalt verspäten und dies wirkt sich auf den Fahrplan aus. Ist in der Tramlinienführung vorgesehen, dass diese zum Beispiel bei der Dreieckanlage oder im Oberfeld wenden können? Die Rüti kann im Winter nicht zu jederzeit problemlos mit dem ÖV erreicht werden.

Ratspräsident: Die Tramlinienführung hat nichts mit dem Verwaltungsbericht zu tun und wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rat behandelt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Buslinie 10 soll mit der Tramlinienführung eins zu eins ersetzt werden. Es sind keine zusätzlichen Vorwendschlaufen vorgesehen. Eine Variante sieht vor, dass die Tramlinie nur bis ins Oberfeld führt und die Rüti mit einem Ortsbus erschlossen wird.

Walter Bruderer (FORUM): Der Gemeindepräsident hat das Votum von Roland Rüfli nicht richtig interpretiert. Wenn das Tram bei Verspätungen auch in der Gegenrichtung fahren soll, so kann in Zürich der Tramchauffeur an gewissen Stellen die Fahrgäste aussteigen lassen, das Tram wenden und weiter in die Gegenrichtung fahren. Was passiert, wenn das Tram wegen Witterungseinflüsse nicht mehr in die Rüti hochfahren kann? Diese Frage stellt sich im Zusammenhang mit der Dreiecksplanung.

- Seite 91 (Planungen im Projektierungsstadium) - 31.8 Lärm: Strassenlärmsanierung restliches Strassennetz

Lucia Müller (SVP): Wir sprechen hier primär von Lärmsanierungen an baulichen Massnahmen. Für mich sind die Lärmquellen nicht nur draussen. Auch die Strassenqualität hat grossen Einfluss auf den Strassenlärm. In diesem Zusammenhang möchte ich wissen, ob die Bahnhofstrasse mit einem lärmdämmenden Belag ausgerüstet wird?

Die Zahlen der letzten Verkehrszählungen habe ich im Verwaltungsbericht nicht gefunden. Sind diese noch nicht verfügbar?

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Den meisten Lärm verursacht der Durchgangsverkehr. Die Lärmschutzmassnahmen an den Gebäuden werden dann angebracht, wenn keine anderen Massnahmen zur Verfügung stehen. Zuerst wird geprüft, ob das Verkehrsaufkommen reduziert werden kann - dies fällt in Ostermundigen ausser Betracht - oder ob mit Belagseinbau eine Lärmreduktion erreicht werden kann. Als letzte Massnahme wird die Lärmdämmung an den Hausfassaden vollzogen. Lärmschutzwände können nicht ohne genauere Abklärungen aufgestellt werden.

Mit den Verkehrszählungen wurde ein externes Büro beauftragt. Ob die aktuellsten Zahlen bereits vorhanden sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

- Seite 134 (Einwohner- und Fremdenkontrolle) - 46.4 Bevölkerungsentwicklung

Renate Bolliger (EVP): Das Diagramm auf der Seite 134 zeigt eindrücklich, dass immer mehr ältere Leute in Ostermundigen leben. Ich denke, das wird nicht nur in Ostermundigen so sein, sicher ist dies eine allgemeine Entwicklung, welcher Rechnung getragen werden muss. Auf der einen Seite müssen wir auf diesen Trend eingehen, und ich denke, dass Ostermundigen dies tut. Auf der andern Seite stehen für mich familienfördernde Massnahmen immer auf der Pendenzenliste, um auch den Familien Ostermundigen als attraktiver Wohnort anzubieten.

Hier wird schon einiges getan: Seien es gute Schulen, Tageschule, familienergänzende Kinderbetreuung, Angebote der Vereine usw. Bei den öffentlichen Spielplätzen besteht Handlungsbedarf. Zum Glück ist die Planung im Mitteldorfpark am Laufen und ich hoffe, dass die Realisierung zügig vorangeht. Was in Ostermundigen fehlt, ist ein Familiengemeinschaftszentrum. Vielleicht lässt sich dies ja einmal in leer gewordenen Gemeindeligenschaften (Umzug ins Verwaltungszentrum) realisieren.

Um Leute nach Ostermundigen zu holen, und für Familien schöne Wohnungen zu bauen, sind inzwischen viele Projekte vorhanden. Was mich in diesem Zusammenhang interessiert, ist wie die Altersstruktur in den Neubausiedlungen aussieht. Ziehen da viele junge Familien ein? Oder sind es mehr kinderlose Paare? Wird sich die Altersstruktur mit den vielen Neubausiedlungen verändern? Dieser Sachverhalt wäre interessant zu verfolgen.

➤ Seite 191 (Ortsgeschichte)

Ratspräsident: Da wäre eine andere Farbe anstelle von grau angebracht gewesen.

Norbert Riesen (SP): Besten Dank, dass dieses Kapitel von der Verwaltung weiterverfolgt worden ist. Ebenfalls besten Dank den Organisatoren der verschiedenen Events. In diesem Zusammenhang gebührt dem Ratssekretär, Jürg Kumli, ein Dankeschön, welcher auf der Gemeindehomepage jeweils den „Jahresrückblick des GGR“⁶ sowie das Kapitel „Über die Gemeindegrenze geschaut“ kompetent verfasst.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die anerkennenden Voten zum Verwaltungsbericht 2007. Wir werden den Dank an die Mitarbeitenden weiterleiten.

Ratspräsident: Zum letztjährigen Verwaltungsbericht liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht 2007 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2007 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden die folgenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - a. Überparteiliche Motion vom 16. Februar 2006 betreffend GATS-freies Ostermundigen
 - b. Postulat A. Thomann (SP) vom 13. Mai 2004 betreffend Verwaltungsbericht 2003: Kapitel 7 bis 9: Gemeindeparterschaften
 - c. Überparteiliches Postulat vom 27. Oktober 2005 betreffend Voranschlag 2006

⁶ http://www.ostermundigen.ch/de/politik/grosser_gemeinderat/rueckblick_ggr/

32 10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete / Pacht)
30.410 Verwaltungszentrum

Verwaltungszentrum; Orientierung des Gemeinderates über den aktuellen Stand

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Im Herbst 2007 hat der Gemeinderat den Grossen Gemeinderat mit dem Bericht über die Prognose der Gemeindeentwicklung informiert, dass er mit der Firma Marazzi in Verhandlungen steht und abklärt, ob im südlichen Teil der Küntigrube das neue Verwaltungszentrum erstellt und von der Gemeinde gemietet werden kann.

Mitte März konnten wir via Medien orientieren, dass der Gemeinderat eine grundsätzliche Einigung erzielen konnte. Mit der Firma Marazzi ist als obere Grenze ein jährlicher Mietpreis von 240.-- Fr./m² für die oberirdische Bruttogeschossfläche vereinbart worden. Gestützt auf diese Einigung hat der Gemeinderat das Raumprogramm überprüft. Der Gemeinderat beabsichtigt, ca. 3'500 m² zu mieten; in dieser Fläche ist ein neuer Veranstaltungs- oder Ratssaal inbegriffen. Minergie ist als Standard gesetzt.

Die Firma Marazzi hat ihrerseits einen Studienwettbewerb initiiert. Durch den Wettbewerb entstehen der Gemeinde keine Kosten - als zukünftige Mieterin kann sie trotzdem in der Jury mitwirken. Die Wettbewerbsergebnisse werden Mitte bis Ende Juli der Öffentlichkeit vorgestellt werden können.

Die jährliche Miete fällt mit Sicherheit in die Zuständigkeit des Volks. Es ist vorgesehen, den Entscheid über das neue Verwaltungszentrum im September dem Grossen Gemeinderat und am 30. November 2008 dem Volk zu unterbreiten.

33 10.372 Motionen
63.150 Allgemeines

Überparteiliche Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Angebot an familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter bis spätestens im Jahre 2010 um mindestens 25 Plätze zu erhöhen.

Begründung

Familienergänzende Kinderbetreuung ist heute inzwischen ein breit anerkanntes Angebot, das sowohl aus sozial- als auch aus wachstumspolitischer Optik sehr wichtig ist. Immer mehr Eltern, die Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut bringen wollen oder Eltern, die aus finanziellen Gründen einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, sind auf Fremdbetreuungsstrukturen für ihre Kinder angewiesen. Immer mehr Gemeinden haben zudem den Standortvorteil erkannt, den diese Einrichtungen bringen, wenn es darum geht, Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger von der Wohnqualität der Gemeinde zu überzeugen. Für junge Familien sind diese Strukturen beim Standortentscheid heute wesentlicher denn je.

Ostermundigen verfügt heute über eine von der öffentlichen Hand finanzierte Kita (Kindertagesstätte) mit 30 Plätzen (Hummelinäscht), eine private Kita mit 10 Plätzen (Esperanza) und ein Angebot an Tageseltern. Im Verhältnis zur Nachfrage ist das Angebot nachweislich viel zu klein.

Auf der Warteliste für einen Platz in der öffentlichen Einrichtung figurierten 2007 beispielsweise 44 Kinder. Die Nachfrage nach Tageseltern ist ebenfalls hoch. Angesichts dieser Warteliste und den sich in Realisierung befindlichen Neubaugebieten in unserer Gemeinde, sind zusätzliche ausserfamiliäre Kinderbetreuungsstrukturen dringend notwendig. Die in der Motion eingeräumte Frist von zwei Jahren ermöglicht den Verantwortlichen eine seriöse Suche nach der idealsten Lösung. Diese sowohl in der Frage einer allfälligen Kombination von Kita und Tagespflege, als auch bezüglich Standort für eine neue Kita.

eingereicht am 22. Mai 2008

sig.:	M. Neuenschwander	R. Bolliger	R. Wagner
	R. Unteregger	E. Rippstein	
	Ch. Zeyer	R. Mahler	
	R. Kehrl	M. Stäheli Ragaz	
	A. Thomann	N. Riesen	
	R. Schär	L. Schärer	
	A. Dogan	S. Ernst	

34 10.372 Motionen
10.1361 Regionalisierung (siehe unter 10.1405 und 10.1406)

Motion FDP-Fraktion betreffend Zusammenwirken mit regionalen Gemeinden zur Bewältigung von analog anstehenden Gemeinde-Belangen bzw. -Prozessen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird zur Prüfung und Umsetzung beauftragt, inwiefern sich Effizienzen und Kostenbelange zur Bewältigung von anfallenden Gemeinde-Belangen, -Prozessen und -Bedürfnissen bei kontinuierlichem Zusammenwirken mit anderen Gemeinden innerhalb der Region Bern-Mittelland optimieren lassen. Verbunden mit einer Berichterstattung an das Parlament innert sechs Monaten.

Begründung

Vielfach liegen für die Bewältigung von Gemeinde-Belangen Sachverhalte vor, welche sich in Anbetracht des Umfangs und insbesondere aus Kostengründen nicht mit zusätzlichem Ausbau im Personal- und Infrastrukturbereich vereinbaren. Als Beispiel dazu diene das aktuelle, nicht voll ausgeschöpfte Zusammenwirken bei Feuerwehrbelangen mit der Gemeinde Ittigen. Oder ebenso der Aufgabenbereich bzw. der zu erwartende Aufwand für einen allfällig zum Einsatz gelangenden Sozialinspektor, welcher bei unserer Gemeinde mit Sicherheit nicht ausgelastet sein dürfte. Bei Aufteilungen bzw. Zusammenwirken mit anderen Gemeinden können somit solche und ähnliche Belange in jeder Hinsicht zweckgerichtet optimiert werden. Ausserdem befinden sich bekanntlich die regionalen Strukturen im Kanton Bern ohnehin im Umbruch, womit Bestrebungen zum Ausbau von Vernetzungen durchaus Sinn machen.

eingereicht am 22. Mai 2008

sig.: B. Leumann
M. Rettore
R. Hubschmid
H. Gfeller
P. Wegmann

35 10.372 Motionen
 30.111 Baugesuche

Motion FORUM-Fraktion betreffend Schutz vor Immissionen längs der Bahnlinie; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Bundesamt für Verkehr (BAV) und bei den SBB dafür einzusetzen, dass Lärmschutzlücken rasch geschlossen werden und - falls sich die Verursacher der Emissionen dieser Aufgabe gesetzlich bedingt entziehen könnten - den Schutz der AnwohnerInnen notfalls auf eigene Rechnung zu realisieren.

Begründung

In einer Verfügung verlangte das BAV vor 10 Jahren von den SBB, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde ein Projekt für die nötigen Lärmschutzmassnahmen auszuarbeiten. In der Folge wurde beschlossen, die existierende Lärmschutzwand südwestlich der Gleise weiterzuführen und nordöstlich der Gleise ab Unterführung „Bernstrasse“ bis zur Zollgasse eine Lärmschutzwand zu erstellen. Beschlossen wurde leider auch, nordöstlich der Gleise zwischen den Bahnunterführungen „Bernstrasse“ und „Forelstrasse“, auf eine Lärmschutzwand zu verzichten.

Dies führte am 14.05.1998 zu einer Einsprache von AnwohnerInnen (Poststrasse, Forelstrasse, Moosweg, Bantigerstrasse + Kilchgrundstrasse), welche die vorgesehenen Lärmschutzmassnahmen als ungenügend einstufte und deshalb nordostseitig, von der Unterführung Forelstrasse bis mindestens zum Swisscom-Gebäude, eine ca. 100 m lange Lärmschutzwand forderten. Am 03.12.1998 wurde mit Vertretern von Gemeinde, SBB, BAV und Anwohnerschaft eine Einigungsverhandlung durchgeführt. Die SBB wurden verpflichtet, die Lärmemissionen zu messen und dem BAV Bericht zu erstatten.

Die Messungen fanden im Januar 1999 durch ein Ingenieurbüro statt. Als Ergebnis wurde festgehalten, die Lärmemissionsgrenzwerte seien - ausgenommen bei einigen Gebäuden - knapp eingehalten. Die SBB teilten darauf mit, sie verzichten auf die geforderte Lärmschutzwand, die Fr. 126'000.-- gekostet hätte.

Diese Werte wurden nur bis 2005 hochgerechnet. Bei Berücksichtigung der dank NEAT-Basistunnel erfolgten, starken Zunahme des Güterverkehrs sowie der Rangierfahrten zwischen dem Bahnhof Ostermündigen und dem Postpaketzentrum werden sie nicht mehr stimmen. Gleis-AnwohnerInnen haben diesen Tatbestand den SBB und dem BAV mehrmals mitgeteilt, wurden jedoch regelmässig vertröstet. Die Gemeinde ihrerseits konnte bis heute beim BAV noch keine verbindlichen Neubewertungs- und ggf. Korrekturaufträge zum Wohl der Gleis-AnwohnerInnen durchsetzen.

Am 22.11.2007 schrieb das BAV, die SBB seien nicht in der Lage, den geforderten Auszug aus dem Lärmbelastungskataster bis Anfang 2008 zu erstellen. Die den An-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

wohnerInnen fürs 1. Quartal 2008 in Aussicht gestellte Besprechung fand deshalb noch nicht statt.

Seit der ersten Kontaktnahme mit SBB, BAV und Gemeinde sind nun Jahre vergangen. Grösser geworden ist nur der Bahnlärm, der die Lebensqualität vieler AnwohnerInnen vermindert. Selbst bei geschlossenen Fenstern ist der Lärm von Güterzügen deutlich hörbar. Es kommt dazu, dass gemäss Richtplan „ESP Wankdorf“ für die S-Bahnen der ¼-Stundentakt und zwischen Wylerfeld und Ostermundigen zwei zusätzliche Gleise geplant sind.

Von der EMMI AG beauftragte Lärmmessungen bei ihren Wohnnachbarn haben gezeigt, dass Güterzüge und Rangierfahrten über 70 dB Lärm verursachen (Grenzwerte tags 60, nachts 50). Erwähnenswert sind auch die von Güterzügen verursachten Vibrationen in Gebäuden, was sowohl die Wohnqualität der BewohnerInnen als auch den Wert der davon betroffenen Liegenschaften massiv verschlechtern. Risse an Gebäudemauern und -decken sind die Folge.

Interessanterweise ist das betroffene Wohnquartier vor einigen Jahren von der Gemeinde zur „bevorzugten Wohnzone“ deklariert worden. Was höhere Wohnqualität suggeriert. Darum ist es unverständlich, weshalb auch solche Gleis-AnwohnerInnen mit zunehmenden Emissionen konfrontiert werden.

eingereicht am 22. Mai 2008

sig.: W. Bruderer
M. Mantarro
R. Rüfli

36 10.374 Interpellationen
22.131 Steuerregister

Interpellation FDP-Fraktion betreffend Statistik über Steuerpflichtige; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Vor kurzem konnte vernommen werden, dass in der Stadt Bern bei natürlichen Personen gerundet jede/r achte Steuerpflichtige keine Steuern entrichtet. Eine Erkenntnis, welche befremdet und zu denken gibt.

Aufgefallen ist zudem, dass in Ostermundigen im Jahr 2007 die Steuererlassgesuche um 10 % zugenommen haben, soziale Unterstützungsanliegen in deren Anzahl nur geringfügig zugenommen haben und die Anzahl von Erwerbslosen erfreulicherweise abgenommen hat.

Fragen

1. Wie lautet die Statistik per 2007 bei natürlichen Personen in unserer Gemeinde, welche keine Steuern bezahlen?
2. In welchem Ausmass bemessen sich dabei die Anteile bezüglich AusländerInnen (ohne Eingebürgerte) und SchweizerInnen?
3. Wie begründen sich die in 259 Fällen (teilweise wie auch total) gewährten Steuererlasse konkret?
4. Welche Möglichkeiten offenbaren sich zu Gegenmassnahmen?

eingereicht am 22. Mai 2008

sig.: M. Rettore
R. Hubschmid
H. Gfeller
B. Leumann
P. Wegmann

37 22.131 Steuerregister
30.52 Energiekonzept

Interpellation C. Zeyer (SP) betreffend gemeindeeigene Liegenschaften in Minergiestandard; parlamentarischer Neueingang und gleichzeitige Beantwortung

Wortlaut

Im Juni 2007 hat der GGR eine Motion angenommen, in der festgehalten wird, dass gemeindeeigene Gebäude im Minergiestandard gebaut werden sollen.

Frage

Wie will der Gemeinderat dieser Aufgabe bei der Realisierung des (gemieteten) Verwaltungsgebäudes gerecht werden?

eingereicht am 22. Mai 2008

sig. Ch. Zeyer

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Idee ist, dass das neue Verwaltungszentrum nach Minergiestandard eingerichtet wird. Im laufenden Wettbewerb wurde den Architekturteams in Auftrag gegeben, die ganze Überbauung nach Minergiestandard zu bebauen.

Ratspräsident: Zum letzten Mal sitzt Annagreth Friedli (SVP) am GR-Tisch. Sie hat ihren Rücktritt per 30. Juni 2008 eingereicht. Sie wird im Gemeinderat durch Alik Panayides ersetzt. Ich möchte Annagreth Friedli für die wertvollen Dienste zugunsten von Ostermundigen ein grosses Dankeschön aussprechen und wünsche Ihr für die Zukunft alles Gute. Hoffentlich wird es dir ohne „Frontpolitik“ nicht langweilig. Alik Panayides wünsche ich viel Befriedigung im neuen Amt. Beiden toi-toi-toi und alles Gute!

Alik Maria Panayides (SVP): Liebe Annagreth, ich kann dich nicht ersetzen - allerhöchstens ablösen. Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich dir ein Dankeschön mit auf den Weg geben. Besten Dank für den tollen GR-Job und besten Dank für das Ausharren, deine Menschlichkeit und das Lachen, welches du uns stets geschenkt

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Mai 2008

hast. Wir möchten dir einen Wellnesskorb und ein Lilahütchen (? nur für Insider) schenken. Am 1. Juli wirst du für den Einstieg als SVP-Co-Präsidentin sicher fit sein. Vielen Dank!

Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP): Ich durfte 12 Jahre im GGR und 7 ½ Jahre im Gemeinderat verbringen. Besten Dank für die gute Zusammenarbeit. *Heit sorg zu Ostermundigen* - denkt in allen Entscheiden an das Wohl der Dorfbevölkerung. Der SVP möchte ich für das Verständnis bei meinem Rücktrittsentscheid danken. Meiner Nachfolgerin, Aliko, wünsche ich bei der Nachfolge viel Erfolg. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Vorstand.

Ich wünsche allen einen fairen Wahlkampf ohne falsche Wahlversprechungen.

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Peter Wegmann

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog